

Annoucen-
Annahme-Bureau.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Witthelmstr. 17)
bei G. H. Ulrich & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Ch. Spindler,
in Grätz bei L. Streifand,
in Meseritz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Neunundachtzigster Jahrgang.

Annoucen-
Annahme-Bureau.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei G. F. Daube & Co.,
Haaftenstein & Vogler,
Rudolph Moser.
In Berlin, Dresden, Görlich
beim „Invalidendank“.

Nr. 67.

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal er-
scheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Freitag, 27. Januar.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaltene Beitzelle ober deren
Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am fol-
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1882.

**Abonnements auf die Posener Zeitung pro
Monat Februar und März werden bei allen
Post-Anstalten zum Preise von 3 Mark
64 Pfg., sowie von sämtlichen Distributen-
ren und der unterzeichneten Expedition zum
Betrage von 3 Mark entgegengenommen,
worauf wir hierdurch ergebenst aufmerksam
machen.**

**Die neu hinzutretenden Abonnenten erhalten
den Anfang der Erzählung: „Im Unglück
stark“ unentgeltlich nachgeliefert.**

Expedition der Posener Zeitung.

Die Unruhen in den Krivoscie.

Der kleine Theil von Süddalmatien, unter dem Namen „Krivoscie“ bekannt, der nördlich von der Herzegowina, östlich von Montenegro begrenzt und von der See durch einen schmalen Landstreifen getrennt ist, war schon im Jahre 1849 und später 1869 der Schauplatz blutiger Ereignisse. Als in dem letzterwähnten Jahre die fast noch halbwilden und sehr armen Krivoscianer zum regulären Kriegs- und in weiterer Folge auch zum Landwehrdienst herangezogen werden sollten, leisteten sie Anfangs passiven Widerstand, der aber sehr bald in einen offenen Aufstand umschlug. Damals fanden sie an den stammverwandten Montenegrinern einen starken Stützpunkt, dieselben leisteten ihnen jeden nur möglichen Beistand, ohne sich ihnen offen anzuschließen.

Da die österreichische Regierung mit der Militärmacht, die sie in jenen Gegenden zur Verfügung hatte, nichts hätte ausrichten können, zog sie eine größere, aber in Hinsicht auf die großen Terrainschwierigkeiten dieses Bergländchens immerhin ungenügende Truppenzahl zusammen. Dieser Umstand in Verbindung mit der Langsamkeit und Rässigkeit, welche so oft schon die kriegerischen Bewegungen Oesterreichs zu dessen Schaden gekennzeich- net, hatte zur Folge, daß die geschulten Truppen des Kaiserstaats durch die Krivoscianer empfindliche Schläppen erleiden mußten. Der unterdessen eintretende Winter hatte weitere Ope- rationen im größeren Maßstabe unmöglich gemacht. Der kom- mandirende General Kuersperg wäre beinahe auf einem Zuge zum Entsatze der kleinen Festung Dragali und des Blockhauses Terkwica, die so schlecht verproviantirt waren, daß sie nur noch auf zwei bis drei Tage Lebensmittel besaßen, in die Gefangen- schaft eines Insurgentenhäufleins gerathen. Er mußte sich, unter verhältnißmäßig sehr großen Verlusten, nach Cattaro zurückziehen und in einem dem Kriegsminister erstatteten Berichte anerkennen, daß die weiteren Operationen vor dem nächsten Frühjahr nicht würden aufgenommen werden können.

Dieser lächerliche Krieg hätte sich noch sehr in die Länge ziehen können, wenn die Insurgenten, den sie überzeugenden „Zureden“ mehr, als den österreichischen Kugeln zugänglich, ihm selbst nicht ein Ende gemacht hätten. Die österreichische Regierung ließ nämlich erklären, daß jeder Insurgent, welcher die Waffen niederlege, vierzig österreichische Silbergulden erhalten solle. Das wirkte. Die Krivoscianer nahmen die für sie ungeheuren Summen Geldes in Empfang, wurden amnestirt und gingen nach Hause. Dieser Ausgang erregte damals eine allgemeine Heiterkeit, so daß man sagte, daß die Krivoscianer Oesterreich Amnestie ertheilt hätten. Man mußte ihnen außerdem versprechen, daß das neue Landwehrgesetz auf sie keine Anwendung finden solle.

Ähnlich verhält sich die Sache auch heute. Als das öster- reichische Wehrgesetz auf die okkupirten Provinzen Bosnien und die Herzegowina ausgedehnt werden sollte und jetzt auch die Krivoscianer sich in die neue Landwehrordnung fügen sollten, haben sie sich, wie im Jahre 1869, abermals dagegen erhoben. Jetzt liegt aber die Sache für sie nicht so günstig, wie damals. Oesterreich ist — durch den zeitweisen Besitz der Herzegowina — im Stande, sie von drei Seiten einzuschließen. Nur die montene- grinische Grenze bleibt den Krivoscianern noch offen, doch haben sie diesmal von Montenegro, welches jetzt auf Seiten Oesterreichs steht, wenig zu hoffen. Eine Schwierigkeit liegt aber für Oester- reich dennoch in dem Umstande, daß, wenn der österreichische Kordon auch nach montenegrinischer Seite hin — im Rücken der Krivoscianer — vollständig geschlossen werden soll, die öster- reichischen Truppen einen Durchmarsch durch Montenegro ver- langen müssen. Diesem Verlangen wird jedoch der Fürst von Montenegro nicht stattgeben können, weil er dadurch seinen Thron unzweifelhaft gefährden würde.

Sehr zu befürchten ist, daß der Kampf, welchen Oesterreich

in den Krivoscie zu führen gezwungen ist, sich auf diesen Heerd nicht beschränken, sondern sich von Dalmatien nach der Herzego- wina und Bosnien hinüberziehen dürfte. Auch ein günstiger Ausgang des Kampfes, wie er ja für die österreichische Regie- rung zu erwarten ist, kann aber nur negative Resultate zu Tage fördern. Es wird viel Blut und werden ansehnliche Geldmittel aufgewendet werden müssen, um nur den status quo ante wieder herzustellen.

Politische Verwickelungen mit irgend einer auswärtigen Macht hat Oesterreich aus diesen inneren Kämpfen nicht zu be- zorgen. Durch die Verbindung mit Deutschland hat sich der österreichische Kaiserstaat eine sehr feste Stellung gesichert. Ruß- land, England und die Türkei werden sich jedenfalls von einer offiziellen Feindseligkeit fernhalten. Die Türkei, die gerade jetzt auch Oesterreichs Freundschaft sucht, kann kein greif- bares Interesse dabei haben, Oesterreich Verlegenheiten, sich aber nur Ungelegenheiten zu bereiten. Selbst wenn es noch so drüber und drunter in Bosnien und der Herzegowina zuginge, kann die Türkei in ihrer Ohnmacht keinen Nutzen daraus ziehen. Die „slawischen Brüder“ der Balkan- halbinsel haben die Liebe Rußlands während des letzten russisch- türkischen Krieges voll auf zu kosten bekommen, als daß sie sich nach neuen Beweisen derselben sehr sehnen sollten. Serbien sucht sich in unseren Tagen von den „Sympathien“ Rußlands be- kanntlich frei zu machen. Wie die Russen in Bulgarien sich be- nehmen, ist allgemein bekannt. Rußland selbst kann jetzt auf einen Krieg mit Oesterreich, auf einen Krieg überhaupt nicht spekuliren.

Anders verhält es sich freilich mit den nicht offiziellen Beziehungen Oesterreichs zu Rußland und — England. Daß Gladstone kein Freund Oesterreichs ist, hat er auf eine eklatante Weise kurz vor der Uebernahme der Regierungsgewalt geäußert. Wenn die Existenz Oesterreichs nur von dem guten Willen Ruß- lands abhinge, so würde man heute keine Spur von dem habsburgischen Reiche mehr finden. Doch die Macht und die Logik der Thatsachen ist stärker als der stärkste Wunsch Ruß- lands. Man kann annehmen, daß England einige Pfund St- erling nicht sparen wird, um Oesterreich zu beschützen und zu verhindern, daß der Sultan an demselben einen Stützpunkt finde, wenn die britischen Interessen in Egypten sich gegen ihn direkt wenden sollten. Es hat sich herausgestellt, daß die Aufständischen mit Snydergewehren und mit den dazu gehörenden Patronen reichlich versehen sind. Dies wird aber auch alles sein. Daß russische Agenten und r u s s i s c h e s Geld, — viel ist ja davon nicht nöthig, — in den südslawischen Wirren eine bedeutende Rolle spielen, ist abso- lut unzweifelhaft. Es ist nicht nur die Politik der russischen Panславisten, sondern auch die der russischen Regierung, die nicht dem russischen Reiche angehörenden Slawen, so weit es eben geht, in einer steten Unzufriedenheit und Aufregung zu erhalten, um sie immer darauf hinzuweisen zu können, daß das „Väterchen“ in Petersburg ihre einzige Hoffnung auf Erlösung und ihr einziger Schutz sei. Sollte der „Vater der Lüge“ so sehr seinen Charakter verleugnet haben, daß er, indem er offi- ziell möglichst freundschaftliche Gesichter schneidet, hinter dem Rücken seines österreichischen Freundes nicht heizen und das Feuer nicht schüren sollte?

Die österreichischen officiösen Organe machen auch durchaus kein Hehl daraus, daß sie Beweise darüber in Händen haben, welche Rolle das nichtoffizielle Rußland und England bei dem Aufstande in den Krivoscie spielen. So wurde, wie auch die „kölnische Zeitung“ bekräftigt, bei einem der Gefangenen eine Korrespondenz mit dem früheren, panslawistisch gesinnten serbischen Minister Nikits und mit russischen Agenten gefunden. Alle Berichte stimmen darin überein, daß der Heerd der in Fluß gerathenen südslawischen Bewegung in Belgrad zu suchen sei. Nikits und der abgesetzte serbische, russisch gesinnte Metropolit Michael schüren den Aufstand und unterstützen denselben durch materielle Mittel. In diesem Treiben werden sie von den Radikalen Serbiens unterstützt. Fürst Milan und seine Regierung, welche Oesterreich gegenüber eine loyale Hal- tung einnehmen, haben einen schweren Stand. In einer ähn- lichen Lage befindet sich auch der Fürst Nikolaus von Montene- gro. Die Vorgänge in Süddalmatien und der Herzegowina bergen demnach auch eine Gefahr für die Fürsten von Serbien und Montenegro in sich.

Es ist nicht zu bezweifeln, daß Oesterreich Herr des Auf- standes werden wird, aber mit dem Siege wird noch nicht die Gefahr vorüber und werden künftige Opfer ohne Zweifel noch zu bringen sein. Sind die Krivoscianer zunächst „zur Raision“ gebracht, so werden sie dem österreichischen Staate doch stets einen rachsüchtigen Groll nachtragen und das wird auch die anderen südslawischen Stämme bei ihrer bekannten chauvinistischen Neigung in steter Erregung halten. Oesterreich-Ungarn wird dadurch nach innen wie nach außen sicher nicht gekräftigt werden.

Der Berserkerfestag.

Die tumultuarische Szene in der Dienstagsitzung des Reichstages, während welcher die Linke und Fürst Bismarck sich, abgerissene Interjektionen ausstoßend, Auge in Auge gegenüber- stand, hatte entschieden etwas Berserkerhaftes. Die Leiden- schaft war bis zum Siedepunkte gestiegen. Wir werden uns über den Tag und die Bedeutung der ganzen Debatte noch spe- zieller und eingehender äußern. Für heute recapituliren wir nur nochmals die Aeußerungen der beiden liberalen Partei- organe, „Lib. Korresp.“ und „N. L. C.“, über die Debatte; voranschicken wollen wir jedoch vorher noch die dramatische Schilderung, welche die „Bresl. Ztg.“ von der erregtesten Szene giebt. Ihr Korrespondent schreibt:

Fürst Bismarck trat durch die Thür hinter dem Präsidium in den Sitzungssaal. Langsam schritt er die Stufen zu seinem Sitze hinab. Man merkte ihm an, daß er körperliche Schmerzen leidet, sein Gang ist schleppend, sein Aussehen nervös. Er ist etwas abgemagert gegen früher. Im dem Moment, in dem er sich setzt, hat er auch schon den langen, nach ihm benannten Bleistift in der Hand. Er macht Notizen. Bei jeder Bemerkung, die Hänel macht und die ihm nicht gefällt, äußert er sein Mißfallen. Als Lektierer fragt: „Wer denn durch das Vorschreiben des Kaisers mehr gewinne, der Kanzler oder der Kaiser“, wirft Fürst Bismarck in aufsteigendem Aerger den Kopf zurück. Immer hochgradiger wird seine Aufregung. Und als Hänel endigt, meldet er sich sofort zum Worte. Gätte man bis dahin die Nervosität des Kanzlers ihm an sehen können, so konnte man sie jetzt auch anhören. So oft wie heute räusperte sich der Kanzler noch niemals. Nach jedem dritten Worte im Anfange ein kurzes, stark hinausgeschößenes Husten. Er verbreitete sich zunächst über die Hoheits- rechte des Königs, über die Stellung der Hohenzollern zum Volke, über die Pflichten der Minister und die Verderblichkeit der liberalen Strebens nach parlamentarischen Regiment. Wieviel er auch dabei von den Thatsachen abschweifte oder sie geschickt gruppirte, von seinem Standpunkt aus war es eine musterhafte Rede, allerdings eine Ansprache, die keine Antwort auf Hänel's Bemerkungen war und auch nicht sein sollte. Richter hatte ganz recht, als er später bemerkte, der Kanzler hätte diese Rede auch halten können, ohne Hänel gehört zu haben; es sei jedenfalls auch gar nicht beabsichtigt gewesen, eine Erwiderung zu machen, als just diese Rede zu halten, gleichgiltig wie, wo und wann. Inzwischen war der Kanzler aber in die Hitze gerathen. Sein Gegenstand er- wärmte ihn, er sprach fließender und betonte lebhafter. Hier und da fand er Widerspruch. Das mochte ihn reizen. Wer den parlamen- tarischen Barometerstand zu beobachten gemohnt ist, sah ein Gewitter heranziehen. Aber daß es sich mit urplötzlichem Gewalt schon nach we- nigen Minuten unter heftigstem Donnern entladen sollte, das mochten selbst die Habitués des Hauses nicht ahnen. Leider trug der Reichs- kanzler selbst die Schuld an der Szene, die jeder Beschreibung spottet. Bekanntlich hatte in jener Nachtsitzung Bismarck nach dem stenographischen Berichte etwa gesagt, daß die Regierung — es war ganz speziell Herr von Puttkamer gemeint — in der Wahlagitation ihre Auf- fassung von der Unverletzlichkeit des Monarchen dadurch an den Tag gelegt habe, daß sie für ihre unrichtigen Handlungen sich der guten Verion des Kaisers als Schild bediene. Auf diese Aeußerung kam der Kanzler zurück. Er führte sie nicht wörtlich, sondern nur dem Sinne nach an und las aus ihr heraus, daß ihm persönlich der Vorwurf der persönlichen Feigheit gemacht worden sei. Und ob dieses Vorwurfs solle den Liberalen die Röthe der Scham in die Wangen steigen, am liebsten möchte er ihnen zurufen: „Auf Rimmerwiedersehen“. Natürlich konnten die Liberalen einen Vorwurf nicht auf sich sitzen lassen, den sie nicht verdienten, und es tönten dem Reichskanzler Zwischenrufe entgegen, die darauf hinzielten, daß ihm Niemand diesen Vorwurf gemacht habe. War es einerseits das Stimmengewirr, andererseits die Erinnerung an eine eingebildete Beleidigung, genug — der Kanzler verstand falsch, er glaube, man wiederhole den — wie bereits gesagt, nie gemachten — Vorwurf, und wie mit einem Blit- zschlage veränderte sich sein Aussehen. In großen Schritten eilte er auf die linke Seite des Hauses zu. Seine Augen rollten, die buschigen Brauen sträubten sich. In hochdem Zorn rief er in das wildbewegte Haus hinab: „wer ihn beleidigt, wer ihn einen Feigling nenne!“ Neue Zurufe: Hänel: Das ist nicht geschehen. Richter: Aber das ist unerhörte, das ist nicht wahr. Eine Stimme: Das ist eine Eijndung. Noch immer verliest der Kanzler falsch: „Wer es gesagt, soll sich melden“, herrschte er hinab. Er kann seinen hochdem Zorn kaum bemeistern. Eugen Richter versucht aufzuklären. „Auf- stehen!“ ruft ihm der Kanzler zu. Endlich gelingt es, ihm klar zu machen, wozu er sich hat hinreisen lassen; nochmals wiederholt man ihm, daß er falsch gehört — dann geht er schwerfällig auf seinen Platz zurück, etwas zwischen den Zähnen murmelnd, das man auf der Journalistentribüne dahin verstanden hat, daß es lautete: „Danke Sie Journal Gott!“ ... Es war eine überaus peinliche Scene, und sie hatte fast noch ein kleines Nachspiel, da in der persönlichen Bemerkung am Schlusse der Bismarck'schen Ausführung Herr Hänel durchblicken ließ, der Kanzler habe die ganze Scene vermutlich an den Haaren herbeigezogen. Aus der Replik Bismarck's, der noch immer in hoch- gradiger Erregung war, klang es wie eine leise Aufforderung zu einem „Gange“ ... Herr Hänel hatte keine Lust, auf diese Einladung weiter einzugehen.

Die „Liberale Korrespondenz“ macht zu der Dienstagsitzung folgende nachträgliche Bemerkungen:

„Der Reichskanzler oder vielmehr der preußische Ministerpräsident als preußischer Bevollmächtigter zum Bundesrath hat am Dienstag die Verkündung der liberalen Parteien des Reichstags bei den letzten Wahlen als die Folge der von ihnen geleiteten „politischen Brunnenvergiftung“ dargestellt; man wird also unbedenklich alle politischen Maßnahmen auf das Bestreben zurückführen können, die vergifteten Brunnen wieder zu desinfiziren, wobei freilich nicht ausgeschlossen ist, daß die der Theorie nach wirksamen Gegengifte sich in der Praxis als absolut wirkungslos erweisen oder gar das Uebel noch verschlimmern. Die Frage, wo die eigentlichen Giftmischer zu suchen sind, hat Fürst Bismarck mit einer vornehmen Handbewegung abgewiesen. „Einen Konflikt“, sagte er in Entgegnung auf die Rede Hänel's — „das sind fromme Wünsche, den werden Sie nicht haben.“ Herr Hänel hatte auf die bekannten Konflikt-in-Sicht-Arteifel der

Wiener „Politischen Korrespondenz“ hingewiesen — Fürst Bismarck meinte, im Reichstage solle man doch Wiener Blätter — solche, die im französischen Solde stehen — nicht zitieren. Da muß es allerdings überraschen, daß die „Nordb. Allg. Ztg.“, in deren Auslassungen sich so manche Verhöhnungspunkte mit den Reden des Reichskanzlers finden, so oft für ein Wiener im französischen Solde stehendes Blatt wegen der ihm aus Berlin „von beachtenswerther Seite“ zugegangenen Mittheilungen Reklame macht. Es war auch die „Nordb. Allg. Ztg.“, welche den Wahlerlaß des früheren Ministers des Innern, Grafen Friedrich zu Eulenburg, vom 24. September 1863 wieder ausgrub, um zu beweisen, daß Minister v. Puttkamer in seiner Reichstagsrede vom 15. Dezember v. J. nichts Neues über die Pflichten der Beamten bei den Wahlen gesagt habe. Das Blatt war sogar der Ansicht, der Erlaß von 1863 sei noch in Kraft, und der jetzige Minister verdiene eigentlich einen Vorwurf, weil er denselben vor den Wahlen nicht in Erinnerung gebracht habe. „In wessen Solde“ damals die „Nordb. Allg. Ztg.“ schrieb, wissen wir nicht. Fürst Bismarck sagte am Dienstag, der Eulenburg'sche Erlaß gehe ihm zu weit; er würde denselben schwerlich gegengezeichnet haben. Minister v. Puttkamer ging am 15. Dezember v. J. gerade so weit, wie der Eulenburg'sche Erlaß von 1863, indem er verlangte, daß die Beamten, „wenn und insoweit sie überhaupt ihre Rechte als Wähler und Staatsbürger ausüben, die Regierung unterstützen“, während der Ministerpräsident nichts dagegen hat, wenn der Beamte „in seinem Herzen und in seinem verdeckten Stimmzettel“ sein Votum abgibt, für wen er will. Der königliche Erlaß vom 4. Januar ist demnach als eine von höchster Stelle kommende Korrektur des Eulenburg'schen Erlasses und der Erklärung des jetzigen Ministers des Innern in der Reichstags-Sitzung vom 15. Dezember zu betrachten. Herr v. Puttkamer hat heute allerdings den Beweis dafür angetreten, daß seine Erklärung identisch ist mit der gestrigen des Fürsten Bismarck. Praktisch läuft dieser Nachweis darauf hinaus, daß der Minister des Innern recocit. Wohl möglich, daß Herr v. Puttkamer am 15. Dezember mußte, wie weit er gehen konnte, seitdem aber haben er und Andere sich überzeugt, daß der Minister des Innern damals zu weit gegangen ist.

In der „National-Liberalen Korrespondenz“ finden wir folgende Ausführungen:

„Die Verpflichtung der Beamten auf Unterstützung der Regierungspolitik und auf aktives Eintreten zu Gunsten regierungsfreundlicher Wahlen, erscheint nach den Darlegungen des Reichskanzlers am Dienstag und denen des Ministers von Puttkamer in der Mittwochs-Sitzung des Reichstags doch in einem erheblich milderem Lichte, als es nach den Ausführungen des letztgenannten Ministers in der Sitzung vom 15. Dezember und nach der allgemeinen Interpretation des Erlasses vom 4. Januar den Anschein hatte. Die sehr erhebliche Abschwächung der an die Beamten gestellten politischen Anforderungen ist ein werthvolles Ergebnis der zweitägigen Verhandlung über den Erlaß, und schon aus diesem Grunde müssen wir zufrieden sein, daß diese feierliche Kundgebung im Reichstag zur Sprache gekommen ist. Herr v. Puttkamer hat sich selbst, wenn nicht desavouirt, so doch sehr wesentlich rektifizirt. Wir wollen nur hoffen, daß die Beamten, die sich den Erlaß und die ersten Aeußerungen des Ministers sorgsam eingeträgt haben, sich jetzt auch die authentische Interpretation seitens des Reichskanzlers und die letzten Erklärungen des Ministers des Innern zu Herzen nehmen, damit sie nicht im Uebereifer Dinge thun, die gar nicht von ihnen verlangt werden. Diese Bejournis ist gewiß nicht ungerechtfertigt; denn die im Reichstag gesprochenen Worte verhalten sich rasch; der Erlaß aber wird ein dauerndes Denkmal bleiben, und daß er zu Mißdeutungen Anlaß geben konnte und mußte, werden selbst der Reichskanzler und Herr von Puttkamer nicht in Abrede stellen wollen. Wenn sonach die an den politischen Gehorsam der Beamten zu stellenden Anforderungen auf ein Maß herabgesetzt wurden, gegen das auch von liberaler Seite erhebliche Einwendungen nicht mehr gemacht werden können, wenn ferner über die rechtliche Stellung des Königthums im konstitutionellen Staat ein Streit und eine Meinungsverschiedenheit kaum bestand, so kann man nur immer wieder die Frage erheben: Wozu war es überhaupt nöthig und durch welche Ereignisse oder Erscheinungen war es geboten, dieses ganze Thema in so feierlicher Weise anzuregen und den Schein zu erwecken, als ob bei uns in Deutschland die monarchische Staatsform bedroht und gefährdet und die Disziplin der Beamten in bedenklicher Weise erschüttert sei? Auf diese Frage haben wir in den zweitägigen Verhandlungen von keiner Seite eine befriedigende Antwort vernommen.“

*** Freiherr v. Schorlemer-Mst bei sich zu Hause.**

Unter obigem Titel bringt die „Essener Ztg.“ Folgendes: Wer den Vertreter des Kreises Bochum im Reichstage jene bekannten Anklagen gegen die Montanindustrie hat schleudern hören — Anklagen, welche, soweit sie sich auf das Ruhr-Kohlenbecken beziehen, nicht zu erweisen und daher verleumderische sind — der sollte meinen, daß der „Bauernkönig“

auf seiner eigenen Scholle Erde schier als ein großer Wohlthäter und Menschenfreund unter seinen Untergebenen gehalten und verehrt werde. Aber was die Behandlung und Lohnzahlung seiner eigenen Arbeiter anbetrifft, so scheint der Herr Baron es damit zu halten, wie der bekannte irische Agitator Mr. Parnell, der, selbst ein großer Grundbesitzer auf der grünen Insel, wegen Bedrückungen der irischen Pächter durch die englischen Landlords zwar weiblich Entrüstungsmeetings arrangiren konnte, aber seinen eigenen Pächtern nach wie vor die unbarmherzigste Behandlung zu Theil werden ließ. Nun ist Herr von Schorlemer allerdings noch lange kein Parnell, aus dem einfachen Grunde, weil der westfälische Bauer unter ein Joch nach irischer Methode sich einfach nicht beugen wird; auch fehlen dem Vertreter für Bochum zur Begründung seiner gegen die Mehrzahl der Zechenbesitzer gerichteten unerhörten Behauptungen — soweit sie sich auf die dem Oberbergamtsbezirk Dortmund unterstellten Zechen beziehen — in demselben Verhältnisse alle Beweise, wie Mr. Parnell diese Beweise für seine Behauptungen klar auf der Hand hatte, aber dennoch scheint der westfälische Bauernkönig im Kleinen wenigstens den berücksichtigten Grundsatz des „Ja Bauer, das ist ganz etwas anderes“ getreulich zu befolgen, wie der nachstehende, uns von durchaus vertrauenswürdiger Seite zugehende Brief zeigt:

Münster, 21. Januar 1882.
 „Aus den Zeitungen haben wir ersehen, welch' lebhaftes Interesse Ihr neuer Vertreter, unser Herr Baron v. Schorlemer-Mst, an dem Wohlergehen Ihrer Vergleute nimmt. Wer den frommen Herrn näher kennt und weiß, wie er seine eigenen wenigen Leute behandelt, muß glauben, seine berühmte Reichstagsrede könne wohl keinen anderen Zweck haben, als nach Anleitung seines Kollegen Stögel die Arbeiter „christlich-sozial“, das heißt zu deutlich „für Wahlagitationszwecke“ aufzuwiegeln. Herr v. Schorlemer beschäftigt zwar nur wenige Tagelöhner, aber er giebt ihnen noch weniger, nämlich eine ganze Mark pro Tag, wofür der Mann von 6½ bis 11 Uhr Morgens und von 1 bis 6 Uhr Nachmittags, also 9½ Stunden täglich, arbeiten, dabei sich aber selbst befristigen muß. Ihre Vergleute arbeiten dagegen meines Wissens nur 8 Stunden und verdienen doch das Doppelte und 2½fache. Für Affordarbeiten zahlt von Schorlemer beispielsweise für 1½ Morgen Getreide oder Gras zu mähen 60 Pf. und kann es ein kräftiger Arbeiter, wenn er von Morgens 4 bis Abends 8 Uhr stramm arbeitet, bis auf 3 Mark Verdienst bringen. Was es aber heißt, in der Sonnenhitze 16 Stunden des Tags mit wenig Unterbrechung im Schweiße seines Angesichts mähen, das weiß jeder Mann, der sich ansieht und ich glaube, daß ein Beramann es nicht so fauer hat, wenn er 1½ Schicht per Tag arbeitet. Der Stiefsohn des Herrn von Schorlemer, Graf C., zahlt seinen Leuten per Stunde Arbeitszeit 15 Pf. und in den Kontrakten der Rötter heißt es, daß „Anpächter verpflichtet sei, zu jeder Zeit auf Befehl des Verpächters Dienstleistungen jeder Art gegen eine Vergütung von 15 Pf. pro Stunde zu verrichten. Bei besonderem Wohlwollen würde entfernt wohnenden Arbeitern der Weg vom Rotten bis zur Arbeitsstelle als Arbeitszeit bezahlt.“ Knechte im Alter von 18 bis 24 Jahren erhalten inkl. freier Kost jährlich 150—210 Mark Lohn. Nicht allein, daß Herr von Schorlemer, wie aus dem Vorstehenden erhellt, seine Leute materiell auf christliche Einfachheit hinlenkt, er verlangt auch, daß sie die Freuden und Leiden ihres gestrengen Herrn im Herzen sowohl, wie auch äußerlich zur Schau tragen. Unsympathische Kundgebungen weiß der fromme Herr exemplarisch zu bestrafen, wie nachfolgende Episode zeigt: „Im Jahre 1876 wollte die Gemeinde Leer, in welcher Dr. v. Schorlemer Vorsitzender des Kirchenvorstandes ist, ihre Kirche vergrößern und dazu ein dem Lehrer Gardt gehörendes Grundstück benutzen. Da Hr. v. Schorlemer demselben sein Eigenthumsrecht bestritt, verlagte der Lehrer den Kirchenvorstand. Am Tage der Entscheidung hatte v. Schorlemer in der Erwartung, den Prozeß zu gewinnen, auf seinem Gute Alt Böllerschießen und Glockenläuten angeordnet. Als sich nun zeigte, daß die Rechnung ohne den Wirth gemacht das nämlich das Urtheil zu Gunsten des Lehrers ausgefallen war, veranstaltete die demselben zugeneigte Gemeinde eine kleine Freudenfeier, darunter einen Festzug, an dem sich auch ein Rötterlein des Herrn von Schorlemer, Namens Pliet, genannt Lindenbaum, zu betheiligen erdreistete. Das war dem frommen Herrn, der ohnehin kein anderes Mitglied der Festtheilnehmer anfaßen konnte, denn doch zu stark. Er kündigte dem armen Rötter Pliet seine Behausung und seine flehentliche Bitte um eine Vergütung für die Kultivirung eines von ihm ausgesodeten Grundstücks (circa 13 Morgen groß) wurde brüsk abgewiesen. Ob dies nun „christlich-sozial“ gehandelt heißt, diese Frage mögen sich Ihre zu Wahlzwecken auf den „christlich-sozialen“ Leim gelockten Vergleute selbst beantworten.“

Zur Verstaatlichung der Eisenbahnen.

(Schluß der allgemeinen Motive.)
 Der finanzielle Erfolg der bisherigen Erwerbungen kann als ein in hohem Grade befriedigender bezeichnet werden. Für das Jahr 1879 berechnet sich der Gesamtgewinn für die Staatskasse — von den in den Betriebsrechnungen nicht zur Erscheinung kommenden Positionen abgesehen — auf 5,254,857 M. vergl. die in der vorigen Session vorgelegte Denkschrift No. 44 der Druckfachen pag. 82), für das Jahr 1880 auf 14,905,138 M. Für die Folge tritt der aus der Verstaatlichung der Staatskasse zufließende Gewinn nicht mehr gesondert hervor, da mit der Reorganisation für die Rechnungslage maßgebenden Verwaltungsgebiete verschoben sind. Dagegen erhebt derselbe aus dem Gesamt-Ertragniß der für Staatsrechnung verwalteten Bahnen, welches für das laufende Rechnungsjahr den etatsmäßig veranschlagten Betrag von 150,756,000 M. voraussichtlich nicht unerheblich übersteigen wird, während dasselbe nach dem Etatsvoranschlage für das Jahr 1882/83 auf 155,825,000 M., mithin um 5,069,000 M. höher, als für das Vorjahr angenommen ist. Die beträchtlichen dem Staate anbeimgelassenen Extrafonds der betreffenden Gesellschaften im Gesamtbetrage von rot. 91,000,000 M. haben die Mittel geboten, um dem Lande zu einer nicht unwesentlichen Erweiterung des Eisenbahnnetzes durch den Ausbau von Zweigbahnen zur Melioration zurückgebliebener Landestheile und zur Verbesserung der bestehenden Verkehrswege zu verhelfen. Der Verschwendung des Nationalkapitals, welche in den Konkurrenzbauten der verstaatlichten Privatbahnen hervortrat, ist Einhalt gethan und hierdurch ein Gesamtkapital von annähernd 84,000,000 Mark für eine nützlichere und wirtschaftlichere Verwendung erhalten worden. Der wirtschaftliche Effekt der Durchführung des Staatsbahnsystems liegt nicht allein in der Möglichkeit einer rationellen, planmäßigen Verwendung des Nationalkapitals für den weiteren Ausbau des vaterländischen Eisenbahnnetzes, sondern vor allem darin, daß die einheitliche Ordnung des Betriebes auf dem gesammten Gebiete der großen Verkehrslinien eine bessere und wirksamere Pflege des Verkehrs ermöglicht. Die Bedeutung einer einheitlichen Verwaltungsorganisation, einer übereinstimmenden Ordnung des gesammten Betriebsapparates, eines in den Grundzügen einheitlichen, übersichtlichen und für alle Transportinteressen leicht verständlichen Frachttarifes, einer einheitlich geordneten Verkehrsleitung und einer einheitlicheren Disposition über die gesammten Transportmittel der inländischen Bahnen ist in der Begründung des Gesetzesentwurfes über die erste Serie der Erwerbung von Privatbahnen eingehend dargelegt worden. In dem enger begrenzten Umfange des gegenwärtigen Gebietes der Staatsbahnverwaltung ist die Reform in diesem Sinne, soweit es die Zeit und die Verhältnisse gestatten, zur Durchführung gelangt. Die Verwaltung ist in gleichmäßiger Weise innerhalb des gesammten Gebietes organisiert. Die Abgrenzung der sachlichen Zuständigkeit zwischen den oberen und den niederen Verwaltungsbehörden ist nach dem Gesichtspunkte thunlichster Dezentralisation geregelt. Für die örtliche Abgrenzung der Bezirke ist bei den Streckenbehörden (Betriebsämtern) im Wesentlichen der Betriebswechsel, bei den oberen Behörden (Direktionen) dagegen vorzugsweise die Rücksicht bestimmend gewesen, jeder Verwaltung ein möglichst geschlossenes und für die volle Ausnutzung des Verwaltungsapparates genügend großes Verkehrsgebiet zu überweisen. Durch eine solche naturgemäße Bildung der Verwaltungskörper sind feste und für das Publikum leicht zu übersehende Formen des äußeren Verwaltungsapparates gefunden. Praktisch hat sich die Organisation unbefehdet ihrer weiteren Ausbildung und Ergänzung für die besonderen Bedürfnisse einzelner Gebiete mit sehr starkem und konsentriertem Verkehre vollkommen bewährt. Sie ermöglicht eine prompte und wohl geregelte Verkehrs- und Betriebsleitung und hat sich sowohl für die Interessen des Verkehrs, wie für die Defonomie der Verwaltung als zweckmäßig erwiesen. Für die Verkehrsleitung ist durch den Wegfall der früher gesonderten und divergirenden Interessen der einzelnen Verwaltungen die Möglichkeit einer besseren Pflege des Verkehrs durch die Erweiterung der direkten Expeditionen, durch die Beseitigung der Ueberfuhrgebühren im Wechselverkehre der alten und neuen Linien, durch die Ausschcheidung der unwirtschaftlichen Umwegtransporte und aller dergleichen Komplikationen in der Infratraktion und Verkehrsleitung, welche die Berücksichtigung der Sonderinteressen der einzelnen Bahnen mit sich brachte, geschaffen worden. Durch die zum großen Theil durchgeführte Herstellung eines in seiner Anordnung und in seinen Grundzügen einheitlichen Gütertarifs für den gesammten Bereich der Verwaltung wird dem Publikum die Orientirung über die Frachtsätze in den verschiedenen Verkehrsrelationen wesentlich erleichtert. An die Stelle der in zahlreichen Bänden enthaltenen früheren Tarife für die Lokal- und Wechselverkehre der einzelnen Verwaltungen sind die neuen, auf einheitlicher, leicht zu übersehender Anordnung beruhenden Staatsbahntarife getreten, nach welchen die Frachtberechnung auch für den Unkundigen mit leichter Mühe zu gewinnen ist, indem durch den Kilometerzeiger die Entfernungen, durch die Frachttabellen die Frachtsätze für jede kilometrische Entfernung angegeben werden, so daß durch die einfache Multiplikation des Gewichtes mit der Frachteinheit die Gesamtfracht sich berechnet. Eine große Menge von Ausnahmetarifen ist bei der neuen Gestaltung entbehrlich geworden. Während für die Mob-

Im Unglück stark.

Roman nach dem Englischen frei bearbeitet von G. Sternau. (Nachdruck verboten.) (11. Fortsetzung.)

Er war wirklich ein geachteter Mann und besaß ein ausgezeichnetes Gedächtniß. Er vergaß nichts. Vorsorglich nahm er seinen Regenschirm aus dem Wagen, sowie eine kleine Handtasche, welche Altin zu enthalten schien, und sagte dem Gepäckträger, daß noch eine Hutschachtel, eine Angelruthe und ein Koffer im Gepäckwagen seien, ehe er in den Wagen stieg. Auch schien er mit dem Trinkgelbe nicht sparsam zu sein, denn der Schaffner dankte äußerst deuot und berührte noch mehrmals seine Mütze, ehe Val und Percy Andison davon fuhren.
 „Willst Du kutschiren, Val?“ fragte Percy, ich glaube, Du liebst es.
 „Gewiß liebe ich es,“ erwiderte sein Freund, die Zügel ergreifend. „Es giebt mir das Gefühl der Macht und des Besitzes und Dir giebt es Gelegenheit, einzunicken, wie dem fetten Jungen in dem Roman von Dickens.“
 „Ich bin nicht mehr so schläfrig, wie früher.“
 „Also wachsam, Percy, wie? und mehr auf Das achtend, was um Dich her vorgeht, wobei man mehr lernen kann, wie bei der Astronomie, Geologie und Mathematik, obgleich es schwerer ist, es in diesem Studium zur Meisterschaft zu bringen. Tom und Topsy ziehen ein wenig; sie haben zu viel Ruhe gehabt — wir müssen ihr Feuer morgen etwas dämpfen.“
 „Du erinnerst Dich noch ihrer Namen?“ sagte Percy lachend.
 „Gewiß, und ich erinnere mich noch, wie wir sie taufeten. Sie ist doch wohl?“
 „Flora befindet sich ganz wohl, Val, ich danke.“
 „Ist sie in Hernley?“

„Ja, sie ist dort.“
 „Das freut mich. Jetzt gehen wir wieder der schönen, alten Zeit entgegen und streichen die letzten zwölf Monate in unserem Lebenskonto aus.“
 „Und hast Du nicht in jenen zwölf Monaten etwas erreicht?“ bemerkte Percy.
 „Das habe ich, und ich bin auch nicht undankbar.“
 Er war in gehobener Stimmung, und Percy theilte seine Heiterkeit; unter Lachen und Scherzen fuhren die beiden Freunde durch die grüne englische Landschaft dahin, dem Herrensitze zu. Nachdem Merrick einige Fragen nach dem Befinden Sir Charles und Lady Andison gethan, und nachdem auch Percy sich nach dem Wohlergehen der Mutter Valentin's erkundigt, rief Valentin, der während dessen Percy unverwandt angesehen:
 „Alter Junge, Du hast Dich vortheilhaft verändert, meiner Treu, das hast Du!“
 „Bin ich schöner geworden?“ fragte Percy scherzend.
 „Unfinn! Auf Schönheit hast Du nie Anspruch machen können,“ versetzte Merrick. „Aber Du hast nicht mehr jenen trüben, in Dich gefehrten Blick, und bist nicht mehr so in Gedanken verloren, wie früher, sondern hörst auf Das, was man Dir erzählt. Ich wette zehn gegen Eins, daß Du nicht mehr so eifrig studirst.“
 „Vielleicht nicht. Mein Vater findet zwar, daß es noch zu viel ist. Aber er möchte einen Rentaur aus mir machen und mich den ganzen Tag zu Pferde sehen.“
 „Und sonst hat sich in Hernley oder Weddercombe nichts zugetragen, was diese Veränderung bei Dir hervorgerufen hätte?“
 „Nichts, Val.“
 „Dann ist Deine Leber in besserer Verfassung, das ist sicher!“ rief Valentin. „Apropos hinsichtlich Weddercombes, wie geht es Oberst Chester, dem heißblütigen, lärmenden Chester? Weißt Du noch, wie ich den alten Schlucker einmal seiner Jägerrei wegen in Harnisch gebracht habe?“

„Gewiß, ich erinnere mich dessen. Aber Oberst Chester ist todt.“
 „Armer alter Knabe! Also todt!“ sagte Merrick nachdenklich. „Ich habe unterwegs darüber nachgedacht, was er wohl sagen würde, wenn er mir an Deines Vaters Tisch begegnete. Wer ist jetzt Besitzer von Weddercombe? Sir Charles?“
 „Sir Charles hätte es gern gehabt, aber er wurde überbeten.“
 „Von einem beneidenswerthen Nachbar, der mir erlauben wird, in dem kleinen Bach hinter des Wildhüters Hütte zu fischen. Dort sind immer die größten Forellen, hast Du das noch nicht bemerkt?“
 „Ich angle niemals.“
 „Dann mußt Du mitkommen und mir zusehen, das heißt, wenn der Nachbar —“
 „Miß Schalbon.“
 „Was, eine alte Jungfer? Himmel und Erde! Eine alte Jungfer in Weddercombe! Was will die denn da?“
 „Sie ist jung, Val, und dabei sehr schön, mit Augen, in denen sich die Seele eines Engels spiegelt.“
 „Hast Du ihr etwa zu tief hineingeguckt, Du Duckmäuser?“ rief Valentin. „Erzähle mir etwas von Miß Schalbon: Wer ist ihr Vater?“
 „Wie ist ihre Mutter?“
 „Hat sie eine Schwester?“
 „Und einen recht großen Bruder?“
 „Wenn Du so fortährst zu fragen, erzähle ich Dir gar nichts, obgleich die ganze Sache höchst romantisch und geheimnißvoll ist.“
 „O, verwünscht, ich bin expref nach Hernley gekommen, um dem Geheimnisse zu entfliehen, dem Geheimniß des Gesetzes und seiner Opfer. Kläger und Verklagter, Verfolger und Gefangener sind unter uns gefagt alle Opfer bei einem Gerichtshofe. Doch genug davon.“

produkte, deren Massenvertrieb auf weite Entfernung die unerlässliche Voraussetzung für den wirtschaftlichen Aufschwung der Industrie bildet, die Streckenfracht für größere Entfernungen stufenweise ermäßigt ist, hat zugleich eine wesentliche Erleichterung des kleinen Verkehrs durch eine Abstufung der festen Expeditionsgebühren mit abnehmender Entfernung stattgefunden. An der Hand einer guten und zuverlässigen Statistik, welche in der Vorbereitung begriffen ist, und unter der Mitwirkung der hervorragendsten Kräfte des Verkehrslebens wird es allmählig gelingen, die vielfach in verworrenen und willkürlicher Gestaltung aufgewachsenen Transportzustände der inländischen Bahnen auf einfachere Basen zurückzuführen, Veraltetes und Entbehrliches auszuscheiden und in gerechter, gleichwägender Berücksichtigung aller Zweige des wirtschaftlichen Lebens in den Eisenbahnen ein leistungsfähiges, dienstbereites Werkzeug für die Vermittlung des großen, wie des kleinen Verkehrs zu schaffen. Bereits hat die verbesserte Einrichtung über die Grenzen der Staatsbahnverwaltung hinaus in vielen Verkehrszweigen Eingang gefunden und berechtigt mit der künftigen Durchführung des Staatsbahnsystems zu der Hoffnung, daß in nicht zu ferner Zeit mit der labyrinthischen Verwirrung in den Tarifzuständen der Vergangenheit endlich abgeschlossen werde. Zum Schluß heißt es dann: Getreu der von ihr vertretenen, von dem Lande gebilligten Eisenbahnpolitik muß es die Regierung nicht nur als angehörig, sondern als ihre Pflicht erkennen, der Durchführung des Staatsbahnsystems ungesäumt weiteren Fortgang zu geben. Als die Aufgabe der nächsten Aktion dieser Politik muß die Erwerbung derjenigen Privatbahnen angesehen werden, bei welchen die Unzulänglichkeiten der getrennten und divergierenden Interessen, welche der einheitlichen Ordnung in dem gemeinsamen Verkehrsgebiet entgegenstehen, am schärfsten hervorgetreten sind, und deren Einverleibung die weitestgehende und wirksamste Entwicklung der beteiligten wirtschaftlichen Interessen und Einschränkung eines irrationalen Konkurrenzbetriebes zu verbürgen geeignet erscheinen.

Deutschland.

+ Berlin, 25. Januar. [Lehrer-Konferenzen. Wahlkuriosum. Das Zentrum und die kirchenpolitische Vorlage.] Die „Nordd. Allg. Ztg.“ läßt sich in einer an hervorragender Stelle abgedruckten Korrespondenz „aus Lithauen“ bestätigen, daß die auf Anordnung des früheren Kultusministers v. Puttkamer eingeführten Lehrerkonferenzen an den Seminaren trotz der von liberaler Seite dagegen erhobenen Bedenken vortrefflich seien. Was in dem Artikel des offiziellen Blattes vorgebracht wird, ist zwar durchaus kein Beweis für diese Behauptung; aber wir zweifeln nicht, daß unter verständiger, sachgemäßer Leitung diese Konferenzen vorteilhaft wirken können. So haben wir in pädagogischen Blättern — neben anderen — eingehende Berichte über Konferenzen gefunden, die in Halberstadt unter Rehr's und in Pr.-Gylau unter Platen's Leitung abgehalten wurden und wohl geeignet waren, die Lehrer in ihrem Berufe fruchtbar anzuregen und fortzubilden. Was die Liberalen bekämpft haben, das war nicht die Idee der Seminarkonferenzen an sich, sondern das Bestreben, sie als eins der Mittel zu benutzen, um die freien Lehrerversammlungen und Lehrervereine, welche der Minister v. Puttkamer für ein Uebel hielt, zu unterdrücken. Es giebt wichtige Schul- und Lehrerangelegenheiten, welche in solchen amtlich angeordneten Konferenzen nicht zur Sprache kommen. Wir Liberalen wollen, daß den Lehrern nicht das Recht verkümmert wird, in freien Versammlungen ihren Meinungen, ihren Wünschen und Schmerzen durch Reden, Resolutionen und Petitionen Ausdruck zu geben, genau eben so wie die orthodoxen Pastoren das Recht haben, auf ihren Konferenzen, deren Teilnehmer sich der Vergünstigung ermäßigter Eisenbahnfahrt erfreuen, gegen bestehende Einrichtungen Sturm zu laufen. Es ist möglich, daß die Beschlüsse der Lehrer, wie die anderer Berufsgeoffenen, zuweilen von einem einseitigen Standpunkt diktiert sind. Es ist aber, da solche Versammlungen keine legislatorische Gewalt haben, durchaus keine Gefahr vorhanden, daß derartige einseitige Beschlüsse zur Durchführung gelangen. Oher liegt heute die Gefahr nahe, daß die Interessen der Schule und der Lehrer zu wenig Berücksichtigung finden. Es giebt, wie der Herr Reichskanzler sagte, Zeiten, in denen liberal, und solche, in denen diktatorisch regiert wird. Die letzteren sind, wie die Erfahrung

zeigt, niemals der Schule und den Lehrern günstig. Man darf nur die Majorität des preussischen Landtags ins Auge fassen, um zu erkennen, daß besondere Lehrerinteressen bei ihr keine Fürsprache finden werden. Dieselbe Erscheinung wird man heute vielfach bei den lokalen Behörden in Land und Stadt beobachten können. Benutzen doch selbst große Städte am Rhein die Zeit, in welcher sie nach offiziellen Berichten durch die neue Wirtschaftspolitik mehr als jemals vorher prosperieren sollen, dazu, die in der Periode der „nationalen Verblutung“ geschaffenen besseren Gehaltsstufen der Lehrer zurückzuschrauben. — Ein Wahlkuriosum wird in dem Bericht der Wahlprüfungskommission über die Wahl des Abg. Riekert-Ulm konstatiert. Die Stadt Geislingen war in zwei Wahlbezirke eingeteilt, deren einer die Wähler mit Namen von A—K, der zweite von L—Z umfaßte. Das Wahlgesetz bestimmt aber, daß mit Ausschluß der Exklaven die Wahlkreise sowie die Wahlbezirke räumlich abgegrenzt und thunlichst abgerundet sein müssen. Der Bericht bemerkt dazu: Diese Bestimmung steht offenbar der in Geislingen beliebten Eintheilung schnurstracks entgegen, da sich nicht annehmen läßt, daß die dortigen Einwohner alphabetisch geordnet wohnen. Infolge dieser Unregelmäßigkeit und verschiedener amtlicher Wahlbeeinflussungen beantragt die Kommission die Beanstandung der Wahl des Abg. Riekert. — Ueber die Stellung des Zentrums zu der Kirchenvorlage hört man so viel, daß diese Partei zu dem Versuche entschlossen ist, die Vorlage in ihrem Sinne zu amendiren. Angeblich sind die Verbesserungsvorschläge des Zentrums bereits formuliert. An eine Ablehnung der Vorlage seitens des Zentrums, selbst wenn erhebliche Veränderungen nicht mehr vorgenommen würden, will in Abgeordnetenkreisen niemand glauben, trotz aller Proteste gegen diskretionäre Vollmachten.

□ Berlin, 25. Januar. [Reichstag. Antrag Richter.] Als in der heutigen Reichstagsitzung Minister von Puttkamer die schon gestern von Hänel zurückgewiesene Behauptung des Reichskanzlers, als habe er diesen persönlich angegriffen und dann die Beleidigung zurückgenommen, in auffälliger Weise wiederholte, trat Hänel mit großer Entschiedenheit gegen diese Unterstellung auf, die er als völlig unwahr bezeichnete. Allerdings nahm man an, daß die gestern und heute, im Gegensatz zu den Ausprüchen aller Offiziösen, behauptete milde Auslegung des kaiserlichen Erlasses, zugleich verbunden mit den heute auch in die „Provinzial-Korrespondenz“ aufgenommenen schweren Angriffen des Reichskanzlers auf die Fortschrittspartei und der schiefen Darstellung der Konfliktzeit auf irgend welche unbekante Aktionen bei Hofe zurückzuführen seien. Damit hängt denn auch wohl die heutige, ganz unerwartet wie eine Bombe hineinplazende Angabe des Ministers Puttkamer zusammen: daß die Regierung gegenwärtig Sorgen hege, die durch Wolken am europäischen Horizonte hervorgerufen wurden, deren Entladung als möglich hingestellt wurde. Was soll dieser Schreckschuß bedeuten? Noch am 17. November bei Eröffnung des Reichstags wurde in der allerhöchsten Botschaft vom 17. November 1881 die zuverlässige Fortdauer des Friedens betont. Wo ist seitdem die dunkle Verwölkung unseres Horizontes hergekommen? Herr Puttkamer verrieth es nicht. Eine gewisse Aenderung der Situation vom gestrigen Tage wird heute Niemand in Abrede stellen, welcher die mit des Kanzlers gestrigen Auslassungen auch nicht in Einklang zu bringende Thatsache in Erwägung zieht, daß Minister Puttkamer seine große Zufriedenheit mit dem Verlaufe der jetzigen Reichstagsession erklärt. Damit stimmt die heute ausgegebene „Provinzial-Korrespondenz“ überein, insofern dieselbe „den entscheidenden Sieg des Fürsten Bismarck über seine Gegner“ in der hamburger Zollanschlußfrage feiert. In letzter Stunde, meint dieses offiziöse Organ, haben sich „alle großen Parteien“, die sich schon „in andern wichtigen Lebensfragen des Reichs durch ihre positive Mitwirkung bewährt haben“ — „ihre nationale Gesinnung durch die That bewährt“. Bei der ersten Berathung des Stats in der Sitzung des Reichstags vom 24. November v. J. hat der Staatssekretär

Scholz bekanntlich die Erwartung ausgesprochen, daß das Rechnungsjahr 1881/82 auch nach der Vergabe von 12 Millionen Mark zur Balancirung der Rechnung des Jahres 1880/81 noch einen Ueberschuß von 15 Millionen Mark liefern werde. Nachdem inzwischen drei Quartale des Rechnungsjahres 1881/82 verfloßen sind, erscheint es gerechtfertigt, entsprechend der früher geübten Praxis, wenigstens einen Theil des Ueberschusses von 1881/82 in den Etat des nächsten Jahres einzustellen, um die Erhöhung der Matrikularbeiträge um pp. 10 Millionen Mark zu vermeiden. Der Abg. Richter (Hagen) hat nun, unterstützt von der Fortschrittspartei, jetzt zur dritten Lesung des Stats beantragt: „aus diesem Ueberschuß in den Etat für 1882/83 diejenige Summe einzustellen, welche erforderlich ist, um die Erhöhung der Matrikularbeiträge überflüssig zu machen“. Es würden dazu 10,149,555 Mark erforderlich sein.

— Nach einer Allerhöchsten Bestimmung vom 27. Dezember v. J. soll bei dem Generalstabe der Armee künftig auch im Frieden ein General-Quartiermeister in Funktion treten, welcher den Abtheilungs-Chefs des großen Generalstabes und des Nebenetats desselben sowie den Chefs des Generalstabes bei den Armee-Corps und bei der General-Inspektion der Artillerie gegenüber jederzeit im Vorgesetztenverhältnis stehend, in allen Generalstabs-Angelegenheiten der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes der Armee nach dessen spezieller Anordnung ist. (Die Ernennung des Grafen Waldersee zum General-Quartiermeister ist schon vor einiger Zeit gemeldet.)

— Die „Provinzial-Korrespondenz“ bespricht den Gastpflichtgesetzentwurf der Liberalen. Sie sagt:

„Die „erste That“ der vereinigten Liberalen hat nicht den von ihnen gewünschten und beabsichtigten Erfolg gehabt. Und dennoch hat sie etwas Gutes geschaffen. Denn sie hat nicht nur an den Tag gelegt, daß die Liberalen auf sozialpolitischem Gebiete ihre Grundsätze in wesentlichen Punkten aufgegeben haben, sondern daß auch die Erkenntnis von der Nothwendigkeit der von den Regierungen in Angriff genommenen Reform eine allgemeinere geworden ist, wie auch, daß die hierbei von dem Reichskanzler aufgestellten Grundsätze und die zu ihrer Verwirklichung beabsichtigten Wege in maßgebenden Parteien vollen Anklang finden.“

Daß auch der Reichskanzler seine Ansicht in einem sehr wesentlichen Punkte geändert, sagt sie nicht.

— Wie aus authentischer Quelle verlautet, ist der königliche Erlaß vom 4. Januar durch den Staatssekretär des Reichsjustizamtes dem Reichsgerichte zur Kenntnissnahme mitgetheilt worden.

— Die Reichstagsbaukommission hat sich gestern Abend über die Frage der Konkurrenz schlüssig gemacht. Es wurde beschlossen, eine allgemeine Konkurrenz für den Neubau des Parlamentshauses auszuschreiben, doch sollen an dieser nur deutsche und deutsch-österreichische Künstler Theil nehmen; ausländische Künstler sind ausgeschlossen. Ganz besondere Einladung werden zu dieser Konkurrenz erhalten die vier Architekten, welche bei der letzten Konkurrenz die ersten Preise erhalten haben, nämlich Bohnstedt zu Gotha, Kayser und von Großheim; Ende und Böckmann in Berlin, Mylius und Blunckschl in Frankfurt (der Engländer Scott ist inzwischen verstorben). Ferner beschloß die Kommission, außer den größeren Preisen eine Anzahl von Minimalpreisen auszuschreiben, um junge talentvolle Künstler zu veranlassen, an der Konkurrenz sich zu betheiligen. Die Subkommission erstattete Bericht über die inneren Räumlichkeiten des neuen Parlamentshauses; die Journalistentribüne hat eine Vermehrung von 20 Sitzen erfahren. Die Kommission wird heute Abend noch eine Sitzung abhalten.

— Der Etat der Justizverwaltung nimmt für das nächste Statsjahr die Schaffung von 16 neuen Staatsanwaltsstellen bei den Landgerichten in Aussicht. Die seit der Einführung der neuen Gerichtsorganisation gewonnenen Erfahrungen haben, wie in der Begründung hinzugefügt wird, dargethan, daß die zur Bewältigung der Geschäfte über die angelegte Stellenzahl hinaus erforderliche Zahl der Hilfskräfte eine sehr erheb-

Percy lächelte und suchte die Unterhaltung in eine andere Bahn zu lenken. Er zeigte auf ein Kornfeld, welches der Ernte des nächsten Monats entgegenreife, und sprach von den Hoffnungen der Landwirthe auf einen reichen Herbst; aber Merriek nickte nur und sagte:

„Nun, und was ist es mit jener Miß Shalbon?“
 „Ja,“ erwiderte Percy, nur ungern auf das Thema zurückkommend, „sie ist jetzt seit etwa sechs Monaten hier. Sie ist sehr mildthätig gegen die Armen, sehr schön und lebt in Weddercombe. Das ist Alles.“

„Darin sehe ich weiter nichts Geheimnisvolles.“
 „Das Geheimniß besteht darin, daß die junge Dame sich in diesen einsamen, traurigen Ort vergräbt und es vorzieht, ein Einsiedlerleben zu führen, anstatt die Freuden der Gesellschaft zu genießen, der sie in jeder Beziehung zur Fierde gereichen würde.“

„Lebt sie dort allein, ganz allein?“ fragte Merriek nachdenklich.

„Ja, mit ein oder zwei Diensthöten und einer häßlichen, alten Frau, welche die Stelle einer Haushälterin versteht.“

„Wie alt ist sie?“

„Achtzehn oder neunzehn Jahre?“

„Und sehr häßlich, sagst Du?“

„Häßlich? Ich sagte, sie sei sehr schön,“ sagte Percy, ganz empört über diese Frage.

„Ah, jetzt sehe ich, was Dich so verklärt hat,“ sagte Valentin gelassen. „Es ist die zärtliche Leidenschaft, die das Herz dieses alten Loges hier neben mir berührt und seine Leber erschüttert hat. Du mußt mich Miß Shalbon vorstellen. Wann wird dieser Ausbund von Schönheit und Liebenswürdigkeit nach Hernley kommen?“

„Sie macht niemals Besuche, noch empfängt sie solche.“

„Wie so?“

„Wir haben sie in der Kirche gesehen und sind ihr zu-

weilen im Dorfe begegnet. Flora besuchte sie gestern aus Neugierde, wurde aber gehörig abgefertigt.“

„Freute sie sich nicht, Flora kennen zu lernen?“

„Keineswegs.“

„Das verstehe ich nicht. Diese Miß Shalbon muß eine Person ohne alle Erziehung sein, wahrscheinlich die Tochter eines reich gewordenen Schänkwirths.“

Percy, dem das Gespräch peinlich zu werden anfing, begann wieder von der Ernte zu reden und Merriek ließ ihn gewähren.

„Es ist doch etwas seltsam,“ sagte er, als sie in die Auf- fahrt nach Hernley einbogen.

„Was ist seltsam? Daß der Ertrag dieses Feldes größer ist, als —“

„Nein. Ich finde es etwas seltsam, daß ein Mädchen von neunzehn Jahren sich in Weddercombe vergraben soll. Sie muß ihre Gründe dafür haben, denn eine Laune ist es nicht.“

„Was liegt daran. Du wirst von Flora und meiner Mutter genug darüber zu hören bekommen. Ich meinstheils finde, daß Helene Shalbon durchaus berechtigt ist, zu thun und zu lassen, was ihr gefällt.“

„Ganz gewiß. Und sie heißt Helene, sagtest Du nicht so?“

„Ja, Helene. In dem Namen liegt doch sicher nichts Besonderes?“

„Es ist ein hübscher Name, er gefällt mir,“ sagte Merriek sinnend.

„Vielleicht gefiel Dir auch einmal eine Helene“, versetzte Percy scherzend.

„Nein, aber ich habe seiner Zeit einmal eine Helene gekannt, die —“

„Die?“ fragte Percy, als er eine Pause machte, als be- sänne er sich auf etwas.

„Die ihre Augen auf Percy Andison richtete und Leben in dieses Steinbild brachte. Doch wir sind zu Hause!“ rief er,

als sie vor dem Portale des stolzen Herrenhauses hielten. „Denn es ist mir, als käme ich wieder nach Hause, wenn ich Hernley Hall sehe. Vor einem Jahre“, fügte er hinzu, „sagte ich, daß ich heute wieder hier sein würde, und meine Voraus- sagung ist eingetroffen.“

(Fortsetzung folgt.)

Die internationale Polarforschung.

Von A. Boldt.

(Aus der „Magdeb. Ztg.“)

(Fortsetzung.)

Ja sogar, um diese, so ausgezeichnet vorbereitete Expedition Torell's vollständig als einen würdigen Vorläufer der heutigen exakten Polarforschung zu bezeichnen, so legte dieser vortreffliche Gelehrte, nachdem er noch schleunigst im Jahre 1860 geologische Studienreisen nach Norwegen und England gemacht hatte, im darauf folgenden Winter der schwedischen Akademie der Wissenschaften seinen Plan vor, in welchem besonders als Aufgabe der Expedition bezeichnet wurde eine vollständige Ueber- sicht der geologischen, zoologischen und botanischen Verhältnisse Spitzbergens und seiner Küsten so wie eine weiter nach Norden und Nordosten auszudehnende geographische Exkursion, die möglichst den Pol zu erreichen versuchen sollte. Während der Dauer dieser, mit auserlesenen Personen der Expedition zu unternehmenden Fahrt auf Bootschlitten sollten die auf Spitz- bergen zurückgebliebenen Mitglieder geologische, zoologische, meteorologische und magnetische Forschungen vornehmen, Beobach- tungen über Ebbe und Flut, über Meeresströme und optische Phänomene anstellen, auch beabsichtigte man vorläufige Auf- nahmen über die Möglichkeit einer Meridianbogenmessung auf Spitzbergen. Selbstverständlich billigte die Akademie den Plan Torell's und so ging die Expedition i. J. 1861 vor sich.

So war die Polarforschung für Schweden eine na- tionale Sache geworden und darum machte es wenig

liche und namentlich in den Provinzen Ost- und Westpreußen, Posen und Schlesien viel größer ist, als früher angenommen werden konnte. Es haben den vorhandenen 208 Beamten der Staatsanwaltschaft im Ganzen 110 Affessoren zur Aushilfe überwiesen werden müssen. Bei einer Reihe von Staatsanwaltschaften, und gerade in Städten, bei denen die Strafrechtspflege von besonderer Bedeutung ist, tritt die Zahl der erforderlichen Hilfsarbeiter im Verhältnis zu der Zahl der etatsmäßigen Beamten in besonders auffallender Weise hervor. Die sachgemäße Erledigung der Geschäfte leidet unter einem solchen Verhältnisse, und der unvermeidliche öftere Wechsel der Hilfsarbeiter wirkt in empfindlicher Weise auf die ordnungsmäßige Geschäftsführung zurück. Die daraus erwachsenden Uebelstände werden um so schwerer empfunden, als gerade die energische und gleichmäßige Thätigkeit der Staatsanwälte von hervorragender Wichtigkeit für die öffentliche Sicherheit ist. Es ist wohl anzunehmen, daß ein Theil der jetzigen Uebelstände sich ohne Vermehrung der Stellen heben wird, wenn die Beamten sich erst ganz fest mit den vielfach neuen Geschäftsaufgaben vertraut gemacht haben werden. Von den 16 neuen Stellen entfallen je 2 auf die Staatsanwaltschaften der Landgerichte in Berlin I. und Allenstein, bei welchen bezw. 10 und 4 Hilfsarbeiter fungiren, je 1 Stelle auf die Staatsanwaltschaften der Landgerichte in Beuthen, Breslau, Gleiwitz, Ratibor, Essen, Lpz., Tilsit, Danzig, Thorn, Magdeburg, Posen und Stettin, bei welcher zusammen 25 Gerichtsaffessoren beschäftigt werden. Auch die Zahl der Gerichtsschreiber und Gerichtsschreibergehilfen bei den Amtsgerichten soll ansehnlich vermehrt werden. Wir können den Bemühungen, die Hilfsarbeiter bei den Staatsanwaltschaften mehr und mehr entbehrlich zu machen, aus den in dem Etat angeführten Gründen „innerhalb der Grenzen des finanziell Möglichen“ nur unsern Beifall geben. Für noch wichtiger aber halten wir es, in den erkennenden Gerichten, den ohne Berufung urtheilenden Strafkammern die Hilfsarbeiter ganz wesentlich zu beschränken. Die Grenze des in dieser Beziehung gesetzlich Zulässigen ist schon sehr weit gezogen, und es wird an einzelnen Gerichten stehender Gebrauch, das als ausnahmsweise zulässig betrachtete zur stehenden Einrichtung zu machen. Dagegen muß man sich mit aller Bestimmtheit erklären.

Die Kommission des Herrenhauses, welche mit der Vorberathung des Wittwen-Pensionsgesetzes betraut ist, hat bezüglich der Vorlage, ob nicht wegen der finanziellen Seite des Gesetzes das Abgeordnetenhaus vor dem Herrenhause sich mit derselben befassen müsse, gestern nach dreistündiger Verhandlung beschlossen, in die Materie einzutreten. Die im Plenum des Herrenhauses angeregten Bedenken sind also von der Kommission juridisch erwiesen.

An Orten, wo sich Strafanstalten befinden, werden häufig begründete Beschwerden des Handwerkerstandes dadurch hervorgerufen, daß die Arbeitsunternehmer durch die von ihnen beschäftigten Gefangenen Handwerksarbeiten auf Bestellung und Maß verfertigen lassen und hierbei so niedrig Preise stellen, daß dadurch den Handwerksmeistern eine ihren Nahrungsstand gefährdende Konkurrenz bereitet wird. Daneben hat die Anordnung des Restripts vom 4. Mai 1850, daß die Uebertragung von Arbeitskräften der Gefangenen an einzelne Handwerksmeister gestattet werden darf, bisweilen zur Umgehung des in demselben Restripte als maßgebend anerkannten Grundgesetzes geführt, daß durch den Arbeitsbetrieb in den Strafanstalten dem freien Gewerbebetriebe so wenig wie möglich entgegengetreten werden soll, indem Handwerksmeister vom Orte der Strafanstalt sich eine größere Zahl von Gefangenen überweisen lassen und mit denselben nicht eine Fabrikation en gros zum Absatz von Händlern, sondern einen handwerksmäßigen Betrieb auf Maß und Bestellung einrichteten. Um derartigen Uebelständen vorzubeugen, hat der Minister des Innern unterm 13. d. Mts. bestimmt: 1) daß in die Verträge mit den Arbeitsunternehmern künftig in jedem Falle eine Klausel aufzunehmen ist, durch welche sie sich, bei Vermeidung einer Konventionalstrafe für jeden Fall der Zuwiderhandlungen, verpflichten, keine Arbeiten irgend welcher Art auf Maß und Bestellung für Personen am Strafanstaltsorte und an Orten, welche nicht weiter als 10 Kilometer von demselben entfernt sind, durch die ihnen überwiesenen Gefangenen anfertigen zu lassen; 2) daß den Handwerksmeistern an Anstaltsorten, welche mehr als fünf Gefangene beschäftigen, die gleiche Beschränkung aufzuerlegen ist und daß ihnen in allen Fällen (mithin auch, wenn sie fünf Gefangene oder weniger beschäftigen) die Anfertigung von Reparaturen und Reparaturen, auf welche die Kleinhandwerker mit ihrem Lebensunterhalt angewiesen sind, in den Strafanstalten nur in beschränktem Umfange und mit der Maßgabe gestattet werden darf, daß sie solche Arbeiten nicht zu Preisen liefern, welche hinter denen der freien Arbeiter zurückbleiben.

Schwierigkeiten, die Mittel zusammenzubringen, als Nordenskjöld wiederum i. J. 1864 und 1868 nach Spitzbergen Expeditionen machte, als er 1870 nach Grönland ging, um die Brauchbarkeit der Hunde auf Schlittenreisen zu erproben, und als er endlich 1872/73 abermals eine große Expedition nach Spitzbergen unternahm. Auch die Handelskreise beteiligten sich in Schweden an der Polarforschung, denn nachdem Nordenskjöld bald darauf seine Aufmerksamkeit dem Meere an der Nordküste von Sibirien zuwandte hatte, war es der Großhandelsherr Oskar Dickson in Gothenburg, der die Mittel für die erste Expedition des Jahres 1875 hergab, in der Nordenskjöld bis zur Mündung des Jenissei und diesen letzteren selbst hinauf fuhr, um auf dem Landwege über Petersburg in die Heimath zurückzukehren; der auch im darauf folgenden Jahre 1876 im Verein mit einem reichen Sibirier, Alexander Sibiriatow, die Kosten trug, als Nordenskjöld dieselbe Exkursion noch einmal unternahm und den Weg zugleich als Handelsstraße benutzte. Mit wachsendem Erstaunen, mit steigender Aufmerksamkeit sah die Welt diesen Fortschritten in der Polarforschung zu und dies Gefühl verwandelte sich in Bewunderung und Verehrung, als es Nordenskjöld gelang, in kühner Fahrt, binnen wenigen Wochen mit der „Vega“ von der Nordküste Europas aus bis in die Nähe der Beringstraße vorzudringen und damit das Jahrhundert alte Problem der nordöstlichen Durchfahrt zu lösen. Als er seinen Triumphzug am Asien herum mit dem Schiffe bis in die Heimath fortgesetzt hatte, konnten der hochherzige König Oskar und das schwedische Volk sich selbst beglückwünschen, denn sie waren es gewesen, welche von Anfang an auch die Ausrüstung dieser Expedition als eine nationale Angelegenheit betrachtet hatten.

Soweit waren die Dinge gediehen, als der von Weyprecht vorgeschlagene Plan einer internationalen Polarforschung eine festere Form anzunehmen begann. Auf dem „zweiten internationalen Meteorologen-Kongress“, welcher im April 1879 in Rom tagte, wurden zwei dahingehende Vorlagen eingebracht; die

turen, auf welche die Kleinhandwerker mit ihrem Lebensunterhalt angewiesen sind, in den Strafanstalten nur in beschränktem Umfange und mit der Maßgabe gestattet werden darf, daß sie solche Arbeiten nicht zu Preisen liefern, welche hinter denen der freien Arbeiter zurückbleiben.

Oesterreich.

[Das deutsch-österreichische Bündniß] wird in auswärtigen Blättern als nicht mehr so fest, wie früher, dargestellt. Sonderbarer Weise reichen sich in diesem Falle die verschiedensten Organe die Hand und man sieht das seltene Schauspiel, daß ungarische Journale mit russischen, slavenselbstlichen mit panslawistischen, an demselben Strange ziehen. Dem „Berl. Tagebl.“ schreibt man zu diesem Thema von „vorzüglicher diplomatischer Seite:

Welches auch die Motive sein mögen, die einzelne Organe an der Festigkeit des deutsch-österreichischen Bündnisses zweifeln lassen — dieses Bündniß besteht in ungeschwächter Kraft fort und man darf mit aller Entschiedenheit behaupten, daß es im gegebenen Falle auch die „Feuerprobe“ bestehen wird. Vielleicht wird eine nicht ferne Zukunft diese unsere Andeutung — wie beschränkt uns für heute auf eine bloße Andeutung — durch Thatsachen erhärten und alle Zweifel dann mit einem Schlage verstummen machen.

Soll diese orakelhafte Nachricht des „Berl. Tagebl.“ einen „Krieg in Sicht“ andeuten? Gegen Frankreich oder — Rußland?

Frankreich.

Paris, 24. Januar. [Gambetta und der Bericht Andrieux.] Die „National-Ztg.“ meldet, daß der Bericht Andrieux keinen günstigen Eindruck auf die Kammermehrheit gemacht habe, und daß die Aussichten Gambetta's, die Majorität zu erlangen, gestiegen seien. Die Gambettisten affectiren Vertrauen auf die Berechtbarkeit des Konseilpräsidenten. Sie rechnen auf seine parlamentarische Geschicklichkeit, um das beabsichtigte Manöver der Opposition zu vereiteln, welche die Revisions- und die Listenstrutiniumsfrage getrennt zur Abstimmung bringen will. Andererseits wird bereits die Nachfolgerschaft des gegenwärtigen Kabinetts mitgetheilt, wobei zumeist Jules Ferry, Wilson, Andrieux, Leon Say und Freycinet genannt werden.

Der Bericht des ehemaligen Polizeipräsidenten Andrieux enthält thätlich eine Fülle von Angriffen gegen den Konseilpräsidenten. Der ausgiebige Raum, welcher in dem Berichte dem Projekte betreffs des Listenstrutiniums eingeräumt wird, befundet auch deutlich, daß auf diesem Terrain am Donnerstag hauptsächlich die parlamentarische Schlacht zur Entscheidung gelangen wird. Hat doch die Kommission nahezu einstimmig die Einführung des Listenstrutiniums in die Verfassung abgelehnt, womit, wie auch Andrieux hervorhebt, nicht gesagt ist, daß alle diese Ausschussmitglieder auch wirkliche Gegner des erwähnten Wahlmodus sind. Andrieux erklärte aber mit düren Worten, daß in der Regierungsvorlage, der Einzelwille an Stelle des Willens der Nation getreten sei. Dieser auf Gambetta hinstielende Passus erregte in der Kammer großen Tumult. Beifall fand aber die weitere Erklärung, daß Niemand sonst im Lande daran gedacht habe, aus dem Listenstrutinium eine Verfassungsbestimmung zu machen, zumal da die neue Kammer erst wenige Monate existire. In der Annahme dieses Theiles des Gambetta'schen Projektes erblickt Andrieux die Verurtheilung des Ursprunges und des Prinzips der gegenwärtigen Kammer, sowie den Beginn der Auflösungs-Agitation, und zwar „trotz der aufrichtigsten, vielleicht aber auch am wenigsten scharfsichtigen Versicherungen“ der Regierung. Da der Konseilpräsident das Listenstrutinium erst für die nächste Legislaturperiode eingeführt wissen will, wirft Andrieux in seinem Berichte die Frage auf, welches die Kraft des vom Konseilpräsidenten aufgestellten „Dogmas“ sein müsse, daß dasselbe nur definit zu werden brauche, um sogleich die Intelligenzen der aus den Arrondissementswahlen hervorgegangenen Deputirten zu erhöhen und umzugestalten. Nicht minder schneidig ist der Jahn gegen Gambetta, wenn der Berichtstatter im Hinblick auf die Behauptung, daß die Deputirten unabhängig von ihren Wählern gemacht werden sollen, davor warnt, daß „dieser ehrenvollen und berechtigten Abhängigkeit sogleich eine andere folge!“ Die „Rép. française“, welche den Bericht veröffentlicht, glaubt denselben mit den Worten abfertigen zu können: „Wir erinnern daran, daß der Berichtstatter Herr Andrieux ist.“

Rußland und Polen.

[Ueber die deutschfeindliche Stimmung in Rußland] erhält die „Tribüne“ Nachrichten aus Petersburg, welche bekräftigen, daß diese Stimmung in demselben Maße im Wachsen ist, wie das Drängen auf einen

ein vom Grafen Johann Nepomuk von Wilczek, einem hervorragenden Förderer der Nordpolarexpeditionen, zugleich einem der reichsten österreichischen Edelleute und v. Weyprecht für das nördliche Polargebiet und von dem Direktor der deutschen Seewarte, Prof. Neumayer, für das südliche Polargebiet. Da die Versammlung der Ansicht war, das Fragen von so weittragender Bedeutung nicht in einer Konferenz erledigt werden könnten, weil es sich um eine ganze Reihe wissenschaftlicher Berathungen handelt, so wurde eine Einladung zu einer Konferenz behufs Berathung dieser Angelegenheit an die Mitglieder des Kongresses und eine Anzahl wissenschaftlicher Institute und Private erlassen und bestimmt, daß diese Konferenz in den ersten Tagen des Oktober 1879 in Hamburg stattfinden sollte.

So fand denn im deutschen Seemannshause zu Hamburg — woselbst damals noch die deutsche Seewarte sich befand — die erste internationale Polarkonferenz statt. Auf derselben waren vertreten: Deutschland durch Direktor Neumayer, welcher zum Präsidenten der Konferenz ernannt wurde, und durch Kapitän zur See Freiherrn v. Schleinik, den ehemaligen verdienstvollen Chef der wissenschaftlichen Erdumsegelung S. M. S. „Gazelle“, jetzigen Vorsteher des Hydrographischen Amtes der kaiserlichen Admiralität in Berlin, Oesterreich durch den Polarsfahrer Lieutenant Weyprecht, Holland durch den berühmten Meteorologen Professor Buys-Ballot, Dänemark durch den Direktor des dänisch-meteorologischen Instituts in Kopenhagen, Kapitän N. Hoffmeyer, Rußland durch den Präsidenten der russischen Polarkommission, Prof. N. Lenz, Frankreich durch den Direktor des französisch-meteorologischen Zentral-Bureaus in Paris, Prof. S. Mascart, Norwegen durch den Direktor des norwegisch-meteorologischen Instituts in Christiania, Professor S. Mohr, und Schweden durch den Dozenten an der Universität Lund, Dr. Wiklander, England war nicht vertreten, hatte jedoch, wie Nordamerika und Canada, schriftlich eventuelle Betheiligung an dem Unterneh-

Anschluß an Frankreich dort lauter wird. Diese Stimmung erklärt es, daß Madame Edmond Adam aus Paris, deren glühender Deutschenhaß bekannt ist, in den aristokratischen Kreisen Petersburgs die glänzendste Aufnahme gefunden hat. Eine andere Demonstration ähnlicher Art steht demnächst in Aussicht. Eine französische Flotille, bestehend aus zwei Panzerschiffen, zwei ungepanzerten Kreuzern und einer Korvette, wird in Kurzem vor Kronstadt erscheinen. Man erwartet, daß sie einen weit großartigen Empfang finden wird, als die englische Flotte im vergangenen Jahre. In die Reihe dieser Symptome gehört auch die Aufnahme, die unser berühmter Landsmann Joachim bei seinem diesmaligen Aufenthalt in Petersburg gefunden. In früheren Jahren feierte der Geigerkönig dort die allgemeinsten Triumphe, diesmal war der Besuch seines Konzerts nur schwach, wiewohl der unvergleichliche Künstler auch von dem kleineren Auditorium reichsten Beifall erzwang.

[Fürst Lobanow] wird, wie der „Köln. Zeitung“ aus Petersburg geschrieben wird, aus London abberufen werden, um mit den Amtsgeschäften, vielleicht auch mit dem Titel eines Kanzlers betraut, die oberste Leitung der russischen Staatsgeschäfte zu übernehmen. Der dadurch erledigte Botschafterposten in London dürfte dem bisherigen Botschafter in Berlin, Herrn v. Saburov, zufallen, der nur noch einmal nach Berlin zurückkehren wird, um die Vorbereitungen zu seinem Abzuge von dort zu treffen. Die schon vor einiger Zeit als ein noch unbegründetes Gerücht verbreitete Mittheilung, daß Herr v. Giers als Botschafter nach Berlin gehen werde, bestätigt sich. Herr v. Giers, der als ein ungewöhnlich befähigter Staatsmann gilt, wird in Berlin auf eine durchaus sympathische Aufnahme rechnen dürfen.

Amerika.

Washington, 21. Januar. [Prozeß Guiteau.] In der gestrigen Sitzung brachte der Anwalt des Angeklagten, Mr. Scoville, seine Vertheidigungsrede, in welcher er nachzuweisen suchte, daß Guiteau am 2. Juli wahnsinnig gewesen sein müsse, zum Abschluß. In der heutigen Verhandlung ließ sich Guiteau auf dem Plage nieder, wo in der Regel die Zeugen verhört werden, und begann seine Vertheidigungsrede zu verlesen, nachdem er vorausgeschickt hatte, daß er besser sprechen könne, wenn er sitze, und daß er nicht besüchte, niedergeschossen zu werden. Nach einigen vorläufigen Bemerkungen, in denen er behauptete, daß er am 2. Juli nicht bei gesundem Verstande gewesen sei, wiederholte er die im Laufe seines Prozesses häufig abgegebenen Erklärungen und trug dieselbe erkünstelte Rührung zur Schau. Bei den Worten: „Ich habe stets Gott dem Herrn gedient“, brach er zusammen und begann zu schluchzen. Er vergrub sein Gesicht einige Sekunden in ein Taschentuch und wischte sich die Augen. Dann begann er wieder zu lesen. Die Schwester des Angeklagten weinte bitterlich. Im weiteren Verlaufe seiner Vorlesung verlor Guiteau seine Zaghaftigkeit und machte sehr kühne rednerische Versuche. Seine Schilderung des Nordankalles auf Präsident Garfield verlor er mit theatralischem Pathos. Zumeilen schloß er seine Augen oder schlug sie himmelwärts auf. Dabei beugte er seinen Körper rückwärts und vorwärts, sprach bald im Flüster, bald mit erhobener Stimme. Er sagte den Geschworenen, daß, so sicher ein Gott im Himmel sei, die Nation nicht dulden werde, daß ihm ein Paar seines Hauptes gestrichelt werde. Er fügte hinzu: „Sie können meinen Leib in das Grab legen, allein es wird ein Tag der Abrechnung kommen.“ Nachdem Guiteau geendet, wurde die Verhandlung vertagt. Am Montag beginnt der Klagenanwalt Porter seine Schlussantwort.

Durch die Verurtheilung Guiteaus wegen Mordes, die eine Depesche in unserem gestrigen Abendblatte meldet, ist der widerwärtige Prozeß endlich zum Abschluß gekommen.

Telegraphischer Specialbericht der „Posener Zeitung“.

Berlin, 26. Januar, Abends 7 Uhr.

Der Reichstag erlebte mehrere Wahlprüfungen nach den Kommissionsanträgen, lehnte den Antrag Hirsch, den Bestimmungen des Bundesraths über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter auf Steinkohlenbergwerken die Zustimmung zu versagen, ab und nahm den Antrag Franz an, wonach die gedachten Bestimmungen nur für unmittelbar mit der Förderung beschäftigte jugendliche Arbeiter gelten.

men, sei es privatlischer, sei es staatlicher Seite, in Aussicht gestellt.

Diese überwiegend, ja fast ausschließlich aus Meteorologen bestehende Versammlung beriebt nunmehr vom 1. bis 7. Oktober 1879 das Programm der internationalen Polarforschung, in welchem sich natürlich ein Bild der neuesten Forschungen und des Standes der Wissenschaft überhaupt widerspiegelt. Wir müssen es uns versagen, die Beschlüsse, welche in einen allgemeinen und in einen besonderen Theil zerfallen, hier an dieser Stelle ausführlich mitzutheilen. Dagegen sei es gestattet, einen Auszug, welchen bald nach der Konferenz Baron v. Schleinik gab, hier theilweise wiederzugeben: Zweck des Unternehmens, welches die Konferenz beschäftigt, ist die Untersuchung (Erforschung) in erster Linie der meteorologischen und erdmagnetischen, dann aber auch überhaupt der physikalischen Verhältnisse der Polargebiete und der unmittelbar an dieselben angrenzenden Zonen der Erde nach einem gemeinsamen, durch internationale Uebereinkunft festgesetzten Plane. Diese Untersuchungen sind vorzugsweise an bestimmten Stationen und in fixen, an denselben zu errichtenden und zur selben Zeit in Thätigkeit befindlichen Observatorien auszuführen. Die Kosten für die Einrichtung und den Betrieb einer solchen Station oder solcher Stationen sind von demjenigen Staate oder derjenigen Partei zu tragen, welche sie zu errichten unternimmt. Zur Motivirung der Wichtigkeit des Unternehmens muß Folgendes geltend gemacht werden: Was die Meteorologie betrifft, so kann ohne eine gründliche Kenntniß der Vorgänge und Prozesse innerhalb der Polargebiete an die Möglichkeit der Aufstellung allgemein gültiger Grundsätze und Theorien über Luftdruck, Temperatur-Vertheilung und Schwankung, über Luftströmungen, Entwicklung und Verlauf der Wirkung, über allgemeine klimatologische Normen nicht gedacht werden. (Fortsetzung folgt.)

Bei der dritten Berathung des Etats trat der Kriegsminister Ramele aus politischen und militärischen Gründen für den Antrag Massow ein, die bei der zweiten Lesung des Etats gestrichene Staffelpost für das Militär-Knaben-Institut und die Unteroffiziersvorschule in Neubreisach wieder herzustellen.

Abg. Benda empfahl, von dem Knabeninstitut abzusehen und nur die Unteroffiziersvorschule zu errichten. Der Gegenstand wurde schließlich nochmals mit 118 gegen 113 Stimmen an die Budgetkommission zurückverwiesen.

Fortsetzung morgen.

Der „National-Zeitung“ gegenüber, welche in den Schlussworten der gestrigen Rede v. Puttkamer's die Hindeutung auf etwa bevorstehende internationale Verbindungen gefunden, sagt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“: Wie aus den letzten Worten der Rede hervorgehe, sei die Absicht des Redners ausschließlich dahin gegangen, auf die aus den internationalen Umsturzbestrebungen für die Ruhe und Sicherheit Europa's heranziehenden Gefahren aufmerksam zu machen.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* **Ausland.** 55. Jahrgang. Das „Ausland“ bringt in jeder Nummer orientirende Uebersichts-Artikel aus allen Gebieten der Länder- und Völkerkunde, besonders der physikalischen, politischen, Handels- und Militär-Geographie, der Entdeckungsgeschichte und Geschichte der Erdkunde, der Kartographie, der Völkerveränderung und -Beurteilung, der geographischen Pädagogik. Durch kändige Korrespondenten an den Mittelpunkten der geographischen Entdeckungs- und Forscherthätigkeit werden alle neuen Ereignisse und Erscheinungen von geographischer Bedeutung unseren Lesern aufs Rascheste und Zuverlässigste vermittelt. Alle wichtigen Änderungen in den politischen und handelsgeographischen Verhältnissen, Zahlen u. s. w. werden genau und übersichtlich registriert, so daß das „Ausland“ jedes in diesen Beziehungen nothwendig rasch und vollständig werdende Handbuch jederzeit zu ergänzen fähig ist; es wird vorzüglich auch die großen Arbeiten von kosmopolitischem Interesse auf dem Gebiete der Verkehrsgeographie, wie Panama-Kanal, Weltreisen u. dgl., in allen Hefen ihrer so wichtigen und interessanten Entwicklung genau verfolgt, daneben aber die speziellen deutschen Interessen in fernen Ländern nicht aus den Augen verlieren. Endlich wird das Biographische und Literarische sorgsam berücksichtigt und, nicht zuletzt, die unmittelbare wissenschaftliche Besprechung und Klärung streitiger Fragen durch Einsendungen der berufensten Fachmänner gepflegt werden.

Vocales und Provinzielles.

Posen, 26. Januar.

[Ein neuer Posener.] Wie die Berliner Zeitungen melden, wird der Landrath v. Bennigsen-Förber seine Stellung als Hilfsarbeiter beim hiesigen Polizei-Direktorium bereits zum 1. Februar antreten. Ferner wird gemeldet, daß die Vorfrage, ob in dem bekannten Prozesse des Abg. Berling gegen v. Bennigsen der Kompetenzkonflikt erhoben werden soll, von der Regierung in Schleswig verneint worden ist. Der vom Abg. Berling angestrebte Prozess wird nun in Ragsburg vor dem dortigen Schöffengericht zur Verhandlung gelangen. — Bei dieser Gelegenheit geben wir noch die Notiz der „Kreuzzeitung“, daß Herr Polizeipräsident Staudy wegen eines schlimmen Beines sich genöthigt gesehen hat, gestern Berlin zu verlassen.

† **Personal-Veränderungen im V. Armeekorps.** Baron v. Bistran, Hauptmann und Kompagnie-Chef im 2. Pos. Inf.-Regt. Nr. 19 mit der gesetzlichen Pension zur Disposition gestellt. v. Gaedeke, Prem.-Lieut. von demselben Regiment zum Hauptm. u. Komp.-Chef, Nicolai, Second.-Lieut. von demselben Regt. zum Prem.-Lieut. befördert. v. Tackenburg, Hauptmann zur Disposition, von der Stellung als Bezirks-Kommandeur des 2. Bataillons Schrimm, 2. Pos. Landwehr-Regt. Nr. 19 entbunden. Reinhard, Major vom Westfäl. Füsil.-Regiment Nr. 37, unter Stellung zur Disposition mit der gesetzlichen Pension zum Bezirks-Kommandeur des 2. Bataillons Schrimm, 2. Pos. Landwehr-Regt. Nr. 19 ernannt. Werkmeister, Hauptmann und Komp.-Chef im Westfäl. Füsil.-Regt. Nr. 37, ein vom 15. April 1871 datirtes Patent seiner Charge verliehen. Calow, Hauptmann und Komp.-Chef in demselben Regiment, mit der gesetzlichen Pension zur Disposition gestellt. Kuppel, Prem.-Lieut. in demselben Regt., zum Hauptmann und Komp.-Chef mit Patent vom 30. Juni 1881 befördert. Hecker, Major vom 2. Nassau'schen Inf.-Regt. Nr. 88, als etatsmäßiger Stabsoffizier, von Brömbsen I. Prem.-Lieut. vom Pommerischen Füsilier-Regt. Nr. 34, unter vorläufiger Belassung in seinem Kommando bei der Militär-Schießschule, mit einem Patent vom 13. September 1875 — beide in das Westfäl. Füsilier-Regt. Nr. 37 verlegt.

r. **Im Kaufmännischen Verein** hielt am 25. d. M. im Saale des Vereins für Geselligkeit Dr. G. Silberbrandt aus Leipzig vor einem sehr zahlreichen Auditorium einen Vortrag über die Motore der heutigen Industrie. Erläutert wurde dieser ca. zweistündige Vortrag durch Vorführung einer großen Anzahl von Modellen derartiger Motoren, welche durch Dampf, heiße Luft, Gas oder Elektrizität an Bewegung gesetzt wurden. Diese Modelle waren sämtlich von vorzüglicher Konstruktion und arbeiteten aufs Beste, so daß keines der vorgeführten zahlreichen Experimente mißlang. Der Vortragende begann mit den Dampfmaschinen, erwähnte, wie schon ums Jahr 150 Hero in Alexandria eine rotirende Dampfugel konstruirt haben soll. erwähnte dann die altdeutschen Götzenbildes Püftrich in Sondershausen, bei dem die Dampfkraft gleichfalls eine Rolle gespielt zu haben scheint, ferner des ersten Versuches im Hafen von Barcelona (1545), ein Schiff mittelst Dampfes in Bewegung zu setzen, sowie der von einem Zeitgenossen Luthers, Matthaeus, erwähnten Anwendung des Dampfes zur Wasserhebung des Dampfes in Bergwerken; sodann der Besuche des Salomon de Caus, den Dampf als bewegende Kraft anzuwenden, der Benutzung des Zylinders mit Kolben zu dem angegebenen Zwecke, sowie der Einführung des Sicherheits-Ventils durch Papin, und der praktischen Anwendung von allerdings noch sehr unvollkommenen Newcomen'schen Dampfmaschinen in englischen Bergwerken. In welcher Weise bei diesen Maschinen der Kolben im Zylinder durch den Dampf emporgetrieben, und alsdann durch den atmosphärischen Druck mittelst Condensirens des Dampfes durch Einspritzen kalten Wassers wieder niedergedrückt wurde, zeigte der Vortragende experimentell. Durch Einführung des Schieberkastens, welcher die Regulirung des Dampftrittes bald über, bald unter den Kolben ermöglicht, ist James Watt der Erfinder der eigentlichen Dampfmaschine geworden. Der Vortragende setzte hierauf eine kleine stehende Dampfmaschine in Thätigkeit, erläuterte, unter Zuhilfenahme eines Modells, die einzelnen Theile derselben (insbesondere Steuerung, Regulator, Speisepumpe), zeigte auch an einem Modelle, wie man den Dampftritt auf andere Weise ohne Schieberkasten, reguliren kann. Ebenso wurde eine kleine Lokomotive auf einem Geleise in Bewegung gesetzt. — Der Vortragende ging hierauf zu den von dem Schweden Erikson erfundenen Heißluft-Maschinen über, erwähnte der chemischen Hoffnungen, welche man Anfangs an diese Maschinen geknüpft, und zeigte eine kleine Lehmann'sche Heißluft-Maschine, unter Er-

läuterung der Einrichtung derselben, in Bewegung; derartige Maschinen, welche in Dessau gebaut werden, haben sich sehr gut für den kleinen Betrieb bewährt, und sind in Deutschland vielfach verbreitet; auch Löhbe in Braunschweig liefert Heißluft-Maschinen. — Redner erläuterte hierauf das Prinzip der Gaskraft-Maschinen, sei zunächst, wie man mittelst des Funkens eines Kuhnert'schen Zünders Schießpulver, Benzin und ebenso ein Gemisch von Wasserstoffgas oder Leuchtgas mit atmosphärischer Luft (Knallgas) entzünden kann, und wie der Kolben eines Zylinders, in welchem Knallgas entzündet wird, zuerst durch die Explosion emporgetrieben, dann aber in Folge der Entstehung eines luftverdünnten Raumes durch den Druck der atmosphärischen Luft wieder herabgetrieben wird. Es wurde hierauf eine Venoir'sche Maschine (erfunden 1860) vorgeführt, bei der die Entzündung des Gases mittelst des elektrischen Funkens erfolgt und das Gasgemisch bald auf der einen, bald auf der anderen Seite des Kolbens erfolgt. Eine derartige Maschine verbraucht außerordentlich viel Gas und verursacht großen Lärm. Weniger ist dies bei der Otto'schen Gaskraft-Maschine der Fall, bei welcher das Gasgemisch durch eine kleine Gasflamme entzündet, und der atmosphärische Luftdruck benutzt wird, so daß der Gebrauch an Gas bedeutend geringer ist. Die vollkommenste Gaskraft-Maschine aber ist die neue Otto'sche (Deutz-Köln), welche ganz geräuschlos arbeitet und bereits sehr verbreitet ist. Der Vortragende zeigte, wie eine derartige Maschine auch mittelst Benzindampfes bewegt werden kann, was allerdings im Großen wegen der Leichtentzündlichkeit des Benzins feuergefährlich wäre. — Schließlich führte der Vortragende nach Erläuterung des Prinzips das Modell einer elektromagnetischen Kraftmaschine vor, die jedoch wegen ihrer geringen Kraftentwicklung praktisch nicht verwendbar ist, und brachte im verdunkelten Raume mittelst zweier Batterien einige Geisler'sche Röhren zum Leuchten und Notiren. — Der Vortrag wurde von dem Auditorium mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

r. **Die Kaufmännische Vereinigung** hielt heute Nachmittags 3 Uhr im Handelsaale ihre Generalversammlung unter Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Abt. Guttman, ab. Derselbe gedachte der verstorbenen Vorstandsmitglieder, Herrn Moritz Bergas und Salomon Löwinojn, des langjährigen Vorsitzenden der Vereinigung, und forderte die Versammlung auf, das Andenken derselben durch Aufstellen zu ehren, was auch geschah. Aus dem alsdann verlesenen Rechenschaftsbericht geht hervor, daß die Anzahl der Mitglieder gegenwärtig 71 beträgt: die Einnahmen beliefen sich auf 819,60 Mark, die Ausgaben auf 422 Mark, so daß somit ein Bestand von 397 Mark verblieben ist; der Reservefonds beträgt 4000 M. in 4prozentigen Posener Pfandbriefen. — Nach Verlesung des Rechenschaftsberichts wurde zur Beschlussempfehlung geschritten. An Stelle der mit Ablauf der dreijährigen Wahlperiode ausgeschiedenen Mitglieder wurden auf drei Jahre gewählt die Herren Magnus Szapiski, Wilh. Kantorowicz jun., Moritz Bergas; an Stelle des verstorbenen Herrn Sal. Löwinojn auf 1 Jahr Herr Mich. A. Kas. — Zu Schiedsrichtern auf die Dauer von zwei Jahren wurden sodann gewählt die Herren: Albert Guttman, Neb. Brodnicz, Sam. Brodnicz, S. Friedländer, Adolph Alport, Stadtrath W. Kantorowicz, W. Kantorowicz jun., Julius Kantorowicz, Mich. A. Kas und Ed. Weinbagen. Zu Sachverständigen für Spiritus wurden gewählt die Herren Felix Kantorowicz, S. Szamotolski, Stadtrath W. Kantorowicz, W. Kantorowicz jun., Tob. Friedmann, Wolf Guttman, Rudolf Scholz, Sal. Hepper, zu Sachverständigen für Getreide die Herren S. Friedländer, Jakob Holowicz, Sam. Brodnicz, S. Rosenfeld, S. Caro, Neb. Brodnicz, Ed. Weinbagen, Mich. A. Kas. — Vierter Gegenstand der Tagesordnung war die von einer Anzahl von Mitgliedern beantragte Annahme eines Statuten-Anhangs, durch welchen diejenigen Bedingungen geregelt werden sollen, unter denen sich der Getreide-Effektivverkehr am hiesigen Markte unter Regide der kaufmännischen Vereinigung ab bewegen hat. Nach Verlesung des Entwurfes zum Statutenanhang beschloß die Versammlung, denselben im Principe en bloc anzunehmen, jedoch mit der vom Vorstände beantragten Abänderung, daß die Anzahl der Vorstands-Mitglieder von bisher 7 auf 9 (statt auf 10) vermehrt werde, und den neugewählten Vorstand zu beauftragen, diesen Anhang binnen 4 Wochen in organischem Zusammenhang mit dem Statute vom 19. August 1879 zu bringen und denselben redaktionell festzustellen. In den Vorstand wurden alsdann gemäß diesem Statutenanhang noch 2 Mitglieder gewählt und zwar, um einen regelmäßigen Turnus herbeizuführen, Herr S. Rosenfeld auf 2, Herr Jakob Holowicz auf 1 Jahr. Damit wurde die Versammlung nach Erledigung der Tagesordnung geschlossen.

r. **Im Besten der Diakonissen-Krankenanstalt** hielt am 24. d. M. Oberlieutenant von Boguslawski einen Vortrag über Ludwig XIV. und sein Heer. Der Vortragende ging davon aus, daß die Heeresverfassung gewöhnlich abhängig von der Staatsverfassung eines Landes sei, skizzirte in allgemeinen Umrissen die Geschichte der verschiedenen Heeresverfassungen, wies darauf hin, wie man sich im 16. Jahrhundert dem System der Solddheere, d. h. der nicht permanenten Werbeheere zuwendete, und wie später im 18. Jahrhundert an Stelle dieses Systems das der stehenden Solddheere trat; die Regierung Ludwig XIV. (1643—1715) falle in die Zeit des Ueberganges zwischen diesen beiden Systemen. Ludwig XIV. habe zur Durchführung seines Systems: L'état c'est moi bedeutende Persönlichkeiten gebraucht; diese seien auf militärischem Gebiete besonders der Kriegsminister Louvois, der das Heer reorganisirte, die Feldherren Turenne und Condé und der Festungsbaumeister Vauban gewesen. Während vorher die Werbung der einzelnen Heeres-Abtheilungen ein Geschäft gewesen sei, bei welchem die dazu verwendeten Kosten wieder herausgewirkt wurden, wurde nun der Nutzen der Mannschaften noch der Disziplin, habe erst Louvois die Armee zu dem schneidigen Werkzeuge gemacht, welches dazu diente, die Pläne Ludwig XIV. durchzuführen. Er stellte die vorgefundenen Mißbräuche nach Kräften ab, ordnete das Werbepystem, sorgte für regelmäßige Auszahlung des Soldes und schuf den noch jetzt bestehenden Apparat einer Armee: das Kafenenwesen, die Invalidenversorgung u. s. w.; auch verleihte er die Artillerie, die bisher eine besondere Kunst — getrennt von der Armee — gebildet hatte, dieser ein. Ein großer Theil des von ihm geschaffenen Heeres bestand zwar noch aus geborenen Ausländern (insbesondere Deutschen und Schweizern), doch bildete sich neben diesen aus Fremden bestehenden Regimentern bereits eine vortreffliche französische Infanterie aus. Während bisher das Fußvolk aus Musketeren und Pikieren bestand hatte, von denen die ersteren schossen, die letzteren dazu dienten, mit ihren vorgelegten Piken den Anprall der Reiterei aufzuhalten, führte Louvois eine einheitliche Bewaffnung der Infanterie mit Bajonnett-Musketen ein. Er stellte die Rangordnung der einzelnen Truppengattungen fest und bekämpfte die unbedingten Ansprüche der Offiziere adliger Abkunft gegenüber denen bürgerlichen Herkommens. Die Gliederung der Armee blieb während des 17. und 18. Jahrhunderts dieselbe, und erst durch die erste französische Revolution und Napoleon I. ist ein neuer Heeres-Organismus geschaffen worden. Während schon der große Kurfürst die Rüksichtlichkeit der Offizierstellen abschaffte, gelang dies Louvois nicht; in England ist dieselbe sogar erst im Jahre 1871 beseitigt worden. — Trotz mancher nicht zu bejauender Mängel war die französische Armee unter Ludwig XIV. durch ihre vortreffliche Organisation, ihr vorzügliches Material, ihre numerische Stärke die erste der Welt in damaliger Zeit. Aber Ludwig XIV. selbst war kein Feldherr, er hat nie seine Armee im Felde kommandirt, und nur bei Belagerungen war er anwesend, und da auch Louvois kein Feldherr war, so bedurfte es zur Führung der Armee anderer Männer, wie es Turenne und Condé waren. Aber schon in den letzten Jahrzehnten der Regierung Ludwig XIV. machten sich immer mehr Einflüsse geltend, welche die Tüchtigkeit der Armee untergruben; das von dem Könige selbst gegebene Beispiel des Mangels

an Sittlichkeit, die vollständige Beeinflussung des Königs durch Louvois einerseits und durch die bigotte Frau von Maintenon andererseits, die Uebertragung der Führung der Armee an unfähige Männer, wie Villeroi, unter denen die Armee Niederlagen erlitt, die schon früh in Anwendung gebrachte abscheuliche, barbarische Art der Kriegführung in Deutschland (Biala), durch welche die Kriegszucht gelodert wurde, die bigotte Richtung, welche durch die Frau von Maintenon zur Geltung gelangte, während das wahre Soldatenthum sich mit Muthenthum nicht verträgt, die Aufhebung des Edikts von Nantes und die sich daran anschließenden Dragonaden, durch welche viele tüchtige Kräfte der Armee entzogen wurden, alle diese Umstände trugen dazu bei, ein „Kosbäck“ und schließlich die Katastrophe von 1789 vorzubereiten.

r. **Der Handwerkerverein** hält Montag den 30. d. Mts. seine ordentliche Generalversammlung ab. Zur Vorberatung der auf der Tagesordnung stehenden wichtigen Gegenstände findet Freitag, den 27. d. M., Abends 8 Uhr, im Vereinslokale eine Vorbesprechung statt, zu welcher im Vereinsinteresse ein zahlreiches Erscheinen der Mitglieder dringend zu wünschen ist.

— **Das Konzert**, das gestern im Volksgarten von der ganzen Kapelle des 99. Infanterie-Regiments unter Leitung des Musikmeisters veranstaltet wurde, erfreute sich trotz des mäßigen Besuches eines allgemainen Beifalls. Das Programm war ein sehr reichhaltiges und erlangte namentlich „die Fantasie aus Mendelssohn's „Sommerabendstraum“ von Schreiner, die Original-Cavatine für Trompete (Solo) von Hesselmann und „das musikalische Aktienunternehmen“, Potpourri von Conradi, einen ganz außerordentlichen Beifall. Auch bei diesem Konzert sind wiederum die guten Leistungen der noch so jungen Kapelle ganz besonders hervorgetreten.

z. **Birnbäum**, 25. Januar. [Stadtverordneten-sitzung. Vakante Lehrstelle. Stubiläum.] Bei der Konstituierung der hiesigen Stadtverordnetenversammlung wurden einstimmig gewählt: Kaufmann Robert Fedner zum Vorsteher, Kaufmann J. M. Strich zu dessen Stellvertreter, sowie Hotelbesitzer Ehler und Uhrmacher Gieseler zu Schriftführern. — Die durch den Tod des Lehrers und Organisten Partusche erledigte Lehrstelle an der hiesigen Simultan-schule ist immer noch unbesetzt, ja bis jetzt sogar nicht einmal ausgeschrieben. Eine zweite Stelle wird mit dem 1. April d. J. vakant, indem der Lehrer Herberg nach Potsdam vom genannten Zeitpunkt ab einberufen wird. Eine dritte Stelle muß während eines Vierteljahres vertreten werden, weil der Lehrer Neumann mit Rücksicht auf seine Gesundheit bis zum 1. April eine Aubefer in Nordney gebrauchen muß. Ob derselbe nach dieser Zeit sich kräftig genug fühlen wird, den vollständigen Unterricht weiter zu ertheilen, bleibt abzuwarten. Als Beihilfe zur Dedung der durch den Aufenthalt in Nordney entstehenden Kosten hat ihm die Stadt bereitwillig eine Unterstützung gewährt. — Mittwoch den 11. d. M. feierte der Postverwalter Meyer in Gorzün, wo er bereits seit 16 Jahren angestellt ist, sein 25jähriges Amtsjubiläum. Zu demselben hatten sich viele Kollegen und Freunde eingefunden und ihm mehrere Geschenke überreicht. Darauf fand ein Festessen statt, bei dem es recht heiter zugeht.

Δ **Reifen**, 24. Januar. [Einführung der neugewählten Stadtverordneten und des Rämmerers.] In der gestrigen ersten diesjährigen Sitzung der Stadtverordneten wurden durch den Bürgermeister Welche die neugewählten Stadtverordneten Zimmermeister und Hotelbesitzer Runge und Webermeister W. Gollmer, sowie darauf der neu berufene Rämmerer-Kendant Schöner in ihr Amt eingeführt, worauf die Wahl für die verschiedenen städtischen Fachkommissionen und der Mitglieder für die Einschätzung zur Kommunalsteuer erfolgte.

×× **Rafel**, 25. Januar. [Zuckerfabrik. Vorschussverein.] Die hiesige Zuckerfabrik hat ihr Probejahr hinter sich und die erste Campaigne, in welcher 184,000 Zentner Rüben verarbeitet wurden, beendet. Vom 23. November bis 17. Januar war dieselbe mit nur geringen Unterbrechungen in Thätigkeit. Am 10. Februar, 10½ Uhr Vormittags, versammelten sich die Aktionäre im Hotel du Nord hier selbst zu einer General-Versammlung. — Nach dem Geschäftsberichte des hiesigen Vorschuss- und Sparfassen-Vereins pro 1881 hat der Umsatz im genannten Jahre 2,809,699,34 M. betragen. Die Dividende ist noch nicht festgesetzt, soll aber auf 7 pCt. geschätzt sein.

□ **Fraustadt**, 25. Januar. [In der Sitzung des land-wirtschaftlichen Musikalvereins] am Sonntag wurde über die kürzlich in Striegau gegründete Molkerei (Eingetragene Genossenschaft) in ausführlichster Weise Mittheilung gemacht und beschlossen, auch hierorts eine solche Molkerei zu errichten. Der Vorsitzende des Vereins, Aug. Goldmann, wird sich zu diesem Behufe mit den Großgrundbesitzern des Kreises in Verbindung setzen.

u. **Rawitzsch**, 25. Januar. [Schulspargasse.] Im Februar v. J. hat sich hier ein Schulspargassenverein gebildet, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, auch in unserer Stadt einen Versuch mit dem Schulspargassen zu machen. Der Erfolg ist kein unerfreulicher, da das vom Rendanten der Kasse, Herrn Lehrer Sieg, geführte Kontobuch 169 Sparer nachweist. Am Schlusse des Jahres betragen die Einlagen der Schülerinnen der Töchter-schule, wo 63,3 Proz. der die Schule Besuchenden sparen, 1589,45 M. Davon sind an ausgeschiedene Kinder 56 M. zurückgezahlt; es verbleiben in der Kasse 1533,45 M., die bis auf 69,45 M. in der städtischen Spargasse auf 140 Spargassenbücher eingetragen, verzinslich angelegt sind. Die 140 Spargassenbücher weisen Beträge von 3 bis 48 Mark auf. In der Knabenbürger-schule hat sich jetzt nur Herr Direktor Göring für das Sparen interessiert. Es sind durch ihn von 22 Sparern 102,65 M. eingelegt worden, davon zurückgezahlt 3,50 M., es verbleiben demnach 99,15 M., wovon 78 M. auf 11 Spargassenbücher eingetragen sind. In der Simultan-schule ist zwar ein Versuch mit dem Sparen gemacht worden, allein derselbe war von so geringem Erfolge, daß die Lehrer veranlaßt haben, momentan davon abzusehen. Am 14. d. Mts. hielt der Verein seine Generalversammlung ab. In derselben wurde eine Abänderung des Statuts beschlossen, dem Rendanten Decharge erteilt und der Vorstand für das neue Jahr gewählt. Letzterer besteht aus den Herren Bürgermeister Weißig, Kreis-schulinspektor Wenzel, Stadthalter Gliemann, Rektor Krüner, Direktor Göring und den Lehrern Heimann, Glubel und Sieg.

± **Samter**, 25. Januar. [Darlehensverein.] Am 22. d. Mts. hielt der hiesige Darlehensverein seine statutenmäßige Generalversammlung unter sehr reger Beteiligung seiner Mitglieder im Saale der „Gielba“ ab. Der Vorsitzende, Rektor Klewe theilte zunächst eine kurze Statistik der Vereinsmitglieder mit. Danach zählte der Verein Ende 1880 231 Mitglieder; es sind 16 ausgeschieden und 42 neue Mitglieder dazu gekommen. Der gegenwärtige Bestand ist also 257, und zwar 164 einheimische und 93 auswärtige. Hierauf erstattete der Rendant, Uhrmacher Jaglin, den Kasfenbericht pro 1881. Die Einnahme beträgt 214,482,79 M., die Ausgabe 209,348,29 M. Das Gesamtvermögen ist vorhanden: 1) in Wechseln 81,899,09 M.; 2) baar 5134,50 M. = 87,033,59 M. Letzterer besteht: 1) in Guthaben der Mitglieder 36,779,53 M., 2) Reservefonds 1859,13 M., 3) Reingewinn 3904,47 M., 4) freiwillige Spareinlagen 44,409,46 M., 5) ausgesommene Kapitalien 81 M., zusammen 87,033,59 M. Auf Antrag des Vorstehenden erteilte die Versammlung dem Rendanten Decharge pro 1881. Die Dividende wurde auf 11 Prozent festgesetzt. Bei der Wahl von 6 Vorstandsmitgliedern, deren Amtsdauer abgelaufen ist, wurden die früheren Mitglieder Zimmermeister Berger, Uhrmacher Jaglin, Rektor Klewe, Kaufmann Markus Beiser, Lehrer Reber und Schlossermeister Adolph Schulz durch Aklamation einstimmig auf die Dauer von zwei Jahren wiedergewählt. Auf Antrag eines Mitgliedes wurde der Zinsfuß von 8 auf 7 Prozent herabgesetzt.

—z. **Schwerin a. W.**, 25. Januar. [Höhere Knaben-schule. Darlehens-kasse.] Die hiesige höhere Knabenschule, welche nach dem Plane eines Progymnasiums angelegt ist und ihre Zöglinge bis zur Prima eines wirklichen Gymnasiums fördert, auch ein eigenes stattliches Schulgebäude besitzt, entbehrt noch immer die

staatliche Anerkennung als Progymnasium. Der Grund hiervon liegt allein in den finanziellen Schwierigkeiten, die Gehälter der betreffenden Lehrer nach den Vorschriften des Normalgesetzes für solche Schulen zu erhöhen. Da die städtische Verwaltung zu dieser Anzahl bereits einen sehr ansehnlichen jährlichen Zuschuß gewährt und die Erhöhung der hiesigen Kommunalabgaben, die bereits einen sehr hohen Prozentsatz erreicht haben, nicht gut thunlich ist, wandte sich die Stadtverwaltung wegen einer Staatsbeihilfe an den Kultusminister. Dieses Gesuch ist jedoch abschlägig beschieden worden, da vom Staate bereits ein bedeutender Zuschuß zur Unterhaltung der hiesigen evangelischen resp. katholischen Stadtschule gewährt wird. Der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung setzen deshalb in einer Bekanntmachung die Bürger in Kenntniß, daß die Schule in ihrer gegenwärtigen Verfassung erhalten bleibt, bis die Verhältnisse, wie zu hoffen steht, es gestatten, die Normalbesoldung einzuführen. — Dem Bericht über das abgelaufene 19. Geschäftsjahr des hiesigen Darlehns-Kassenvereins entnehmen wir folgenden Status desselben: Zu Anfang des Vorjahres zählte die Genossenschaft 405 Mitglieder, von welchen im letzten Jahre 22 freiwillig, 11 durch Exklusion und 5 durch den Tod ausgeschieden, hingegen wurden 27 neu aufgenommen. Da die Wittwen der Verstorbenen im Verein verbleiben, so besitzt derselbe jetzt 399 Mitglieder. Von diesen haben 264 ihre Wechsel im Betrage von 464,348 M. prolongirt die neu diskontirten Wechsel betragen 210,208 M., demnach war der Gesamtsumme 674,556 M. Der Zinsfuß für ausgegebene Darlehen war 6 1/2 pSt., der höchste Vorschuß 6000 M., der niedrigste 10 M. Die Schlussrechnung weist in Einnahme 251,286,85 M., in Ausgabe 238,890,53 M., also einen Ueberschuß von 12,396,32 M. nach. Von dieser Summe betrug der als durchlaufender Posten zu buchende Baarbestand 5534,65 M., verausgabte wurden jedoch an Gehalt der Beamten 1589,09 M., an Zinsen für aufgenommene Darlehen 3149,60 M., an Dividende 21,222,98 M. Die Zinseinnahmen beliefen sich auf 3262,35 M., die Verwaltungskosten auf 235,60 M. Die Zinsausgabe im Ganzen auf 4258,46 M. Vom Reingewinn erhielten die Mitglieder auf 39,085 M. Aktienkapital 7 pSt. Dividende für das letzte Geschäftsjahr, außerdem konnte der Reservefonds von 5309,34 M. auf 5832,59 M. erhöht werden. Nach dem ganzen Geschäftsbetrieb kann das Resultat des Kassenstandes als ein sehr günstiges bezeichnet werden, was namentlich der großen Vorsicht des Vorstandes und Verwaltungsraths bei Bewahrung von Darlehen zuzuschreiben ist.

M. Trempen. 25. Januar. [Vereinsberichterstattung.] Gestern Abend 8 Uhr fand im Bukowickischen Lokale hierelbst eine Zusammenkunft statt, um über das dem neuzugründenden Verschönerungsverein zu Grunde zu legende Statut zu beraten. Herr Bürgermeister Spönnagel erklärte nochmals in kurzen Worten den Zweck des Vereins und verlas hierauf das entworfene Statut. Ueber einzelne Paragraphen entspannen sich lebhaft Debatten, die endlich zur Annahme des Statuts führten. Die Anwesenden, 38 Herren, erklärten darauf durch Namensunterschrift ihren Beitritt zum Verein. Durch Aklamation wurde der bisherige provisorische Vorstand, bestehend aus den Herren Bürgermeister Spönnagel, Kreischulinspektor Art, Wikar Feinze, Kaufleute M. Friedmann und Kiszewski und durch Stimmenmehrheit die Herren Mendant Stred, Uhrmacher Preuß zum definitiven Vorstand gewählt. Von Herrn Privatsekretär Weigner wurde schließlich der Antrag eingebracht, mit der Verschönerung des Johannesplatzes und dem Fußsteige zum Bahnhof den Anfang machen zu wollen. Dieser Vorschlag wurde vom Vorstande auch bereitwilligst angenommen.

Rienzi.

Die bevorstehende Aufführung von Wagners Oper „Rienzi“ bietet uns die Veranlassung zu der folgenden kurzen, orientirenden Darstellung.

Cola di Rienzi, der 1313 in Rom als Sohn eines Scharwirthes geborene berühmte Volkstribun, mußte zur Zeit der damaligen Abelsmüthigkeit in Rom (der Papst residirte zu Avignon) durch fühne begeisterte Reden und andere agitatorische Mittel den Sinn für die republikanische Regierungsform wieder wachzurufen. Er ging mit einer Deputation nach Avignon, um Beschwerde über das Hausen der Condottieri zu führen und den Papst zur Rückkehr nach Rom zu bewegen. Vom Papst zum Notar der städtischen Kammer in Rom ernannt, waltete Rienzi mit Zustimmung des päpstlichen Legaten als Tribun in der Stadt und nöthigte den Adel zur Flucht und Unterwürfigkeit. Großmüthig und eigenmächtig unter der Beihilfe seiner Trabanten, verlor er die Zuneigung des Volkes, den Schutz des Papstes und mußte nach Prag fliehen, von wo ihn Karl IV. in Ketten nach Avignon schickte. Vom folgenden Papste als Trumpf gegen den Adel wieder nach Rom geschickt, verlor er, allzulebte päpstliche Kreatur und wenig wäherlich in den Mitteln zur Aufrechterhaltung seiner Herrschaft, schnell die Zuneigung der Republikaner und des Pöbels, ward im Kapitol überfallen, auf der Flucht grausam ermordet und sein Leichnam vom Pöbel durch die Straßen Roms geschleift. Seine Schickale sind von Julius Rosen zu einem Trauerspiel und von Bulwer zum Stoff eines Romans benutzt worden. Dieser letztere ist es wiederum, der Wagner zum Libretto seiner tragischen Oper diente, wie ja bekanntlich Wagner alle seine Texte selbst verfaßt hat. Ein kurzer Aufenthalt in Dresden im Jahre 1837 brachte ihn auf eine alte Lieblingsidee zurück, den Helden des Bulwer'schen Romans zu einem Opernhelden umzugestalten. Außere Umstände verzögerten abermals die Ausführung; erst als Musikdirektor des von Holtei geleiteten Theaters zu Riga ward die Oper endlich in Angriff genommen. Wagner trachtete zunächst nur ein „wirkungsvolles Opernbuch“ zu schreiben; die Opern Meyerbeers, Aubers, Galleys, namentlich aber die heroischen Szenen Spontinischer Libretti schwebten ihm vor, die große Oper mit ihrer szenischen und musikalischen Pracht, mit ihrer musikalisch massenhaften Lebenshaftigkeit schwebte ihm vor, sie wollte er nicht nur nachahmen, sondern mit rückhaltloser Verschwendung noch überbieten. „Duette, Terzette, fünf glänzende Finale fanden sich wie von selbst, aber befangen von der Form der damals herrschenden und bedingenden Eindücke“ sagt er selbst. Ohne die Möglichkeit für Riga, ja ohne Aussicht auf eine bestimmte größere Bühne vertieft er sich seit Sommer 1838 in diese Partitur, schon während des Schaffens selbst dieser Kunststrichtung innerlich abhold werdend. Im Frühjahr 1839 waren die beiden ersten Akte vollendet. Dann reist er zu Schiff über London nach Paris. In Boulogne macht er Meyerbeer mit seinem Rienzi bekannt und trifft, von dessen Empfehlungen begleitet, in Paris ein. Nabrungsorgen zwingen ihn hier handwerksmäßig Arrangements aus bekannten Opern zu schreiben, die freie Zeit benutzt er zur Vollendung seiner Oper, die er 1840 erreicht. Paris verließ sich der Aufführung und damit verließ sich auch Wagner dieser ganzen Richtung, die der Rienzi gereift und die ihn nach Paris getrieben hatte. Er betrat nun die Bahn der „Revolution gegen die künstlerische Gegenwart“, erst kritisch als Schriftsteller, dann musikalisch schaffend als Komponist. Dieser Periode entspringt dann der „liegende Holländer“. Da eine Aufführung des „Rienzi“ in Dresden Aussicht hatte, verließ er 1842 Paris. In Dresden betrieb er unter wachsender Erwärmung der Sänger, namentlich Tichatscheks, für das Werk dessen Einführung. Die erste Aufführung fand am 22. Oktober rauschende Theilnahme. Der jugendliche, heroische Enthusiasmus, der das Werk durchwehte, der Reichtum der Ausstattung, die Leistung Tichatscheks als Rienzi machten den Komponisten plötzlich zum Helden der sächsischen Kapitale. Man schätzte und verehrte den Schöpfer, als dieser sich schon längst innerlich von seinem Geschöpfe wieder losgelagert hatte. Nicht in gleicher Weise sagte sich das Publikum von dem Werke los, es ist bis auf den heutigen Tag Repertoirestück deutscher Bühnen geblieben, soweit ein passender Repräsentant der Titelrolle vorhanden war.

Die Oper beginnt mit einer nächtlichen Scene vor dem Hause

Rienzi's. Die Bandenführer Drfni und Coloma mit ihrem Anhang gerathen in Streit wegen einer gewaltsamen Entführung Irene's, der Schwester Rienzi's; Adriano, der Sohn Coloma's, wirft sich zu ihrem Ritter auf, Volk führt auf die Nobili ein, der päpstliche Legat Raimondo läuft als Friedensstifter Gefahr, von den Nobili bekämpft zu werden, da tritt Rienzi mit den Bürgern Barocelli und Cecco auf, hält eine flammende Anrede an Volk und Abel, letzterer zieht sich trotzig und rachschnaubend zurück, während die Zurückbleibenden unter Rienzi den Kampf gegen die Verräther der Freiheit und des Volkes beschließen. In einem folgenden Terzett weiß Rienzi Adriano für sein Befreiungswerk zu gewinnen, er vertraut Irene seinem Schutze an. Ein folgendes Duett der Beiden besiegelt den innigen Bund, unterbrochen von Trompetenruf, der zum Finale überleitet; der Morgen der Freiheit ist unterdessen angebrochen und feierliche Chöre und Gesänge verleihen der bewegten Stimmung des Volkes Ausdruck. Der zweite Akt eröffnet in einem Saale des Kapitols, der Gesang der Friedensboten verkündet erkämpften Frieden und Freiheit. Rienzi als Tribun dankt knieend Gott, Drfni und Coloma huldbigen ihm, doch nur, um nach seiner Entfernung auf neue Mache zu sinnen, Adriano hat sie belauscht, Coloma gesteht dem Sohne offen den Plan, Rienzi zu ermorden, der nun von bangen Zweifeln, ob er den Vater, ob die Braut verlieren soll, erfaßt wird. Rienzi tritt im feierlichen Zuge auf, um die Befandten seiner Städte und Länder zu empfangen; Adriano warnt ihn, Rienzi trifft Maßregeln und veretelt den während der Festspiele versuchten Mord. Die Nobili werden zum Tode abgeführt, aber auf Bitten von Adriano und Irene nach erneuter Unterwerfung zur großen Erbitterung des Volkes dennoch begnadigt. Der dritte Akt findet wieder Alles in vollster Erregung. Die Nobili sind wiederum aus der Stadt entflohen, Adriano sucht abermals zu vermitteln, alles rüstet sich zum Kampfe, das Volk läßt den Schlachthymnus ertönen und Adriano, von Rienzi uridgestossen, eilt ins Lager zum Vater. Bei düsterer Nacht beginnt der 4. Akt; Coloma ist gefallen, Rienzi im Bann, die Stimmung gegen ihn schildert die eröffnende Scene römischer Bürger, ihnen schließt sich Adriano an, den Tod des Vaters durch den Sturz des Tribunen zu rächen. Später rät Rienzi im Festzuge, den neuen Sieg zu feiern, aus der Kirche tönt Gesang; dem voranschreitenden Rienzi wehrt der Legat Raimondo den Eintritt „er sei verflucht, verbannt!“ Scheu weichen das Volk und die Begleiter zurück. Den letzten Akt eröffnet ein Gebet Rienzi's im Saale des Kapitols, ihm folgt ein Duett mit Irene, der treuen Schwester, die bei dem Bruder ausharrt. Dieser geht ab, um das Volk zu beruhigen, Adriano sucht in einer leidenschaftlichen Scene Irene zu entführen; zum Schluß bestürmt das Volk das Kapitol und wirft die Brandfackel hinein, Arm in Arm sterben Rienzi und Irene, von den Trümmern des einstürzenden Kapitols getroffen, die auch den sich nahenden Adriano begraben; im Hintergrund kämpfen Volk und Nobili. — Man sieht, Meyerbeer hatte Recht, diesen Text als einen groß und wirkungsvoll angelegten zu bezeichnen. th.

Aus dem Gerichtssaal.

△ Posen, 20. Januar. [Schwurgericht. Brandstiftung. Verbrechen wider die Sittlichkeit.] Unter der Auflage der betrügerischen Brandstiftung stand heute der Wirthschafts-John Nikolaus Chudzycki aus Glosyn vor den Geschworenen. Am 3. Juli v. J. Abends gegen 8 Uhr, entstand in einem an der Scheune angebauten Schuppen der Wittwe Chodzycka, der Mutter des Angeklagten, Feuer. Dasselbe verbreitete sich über den Entfengungsheerd und zerstörte vollständig eine Scheune, eine Remise, einen Schuppen und einen Stall. Das Feuer soll der Angeklagte angelegt haben, um die Feuer-Versicherungs-Prämie zu erhalten. Die abgebrannten Gebäude waren nämlich mit zusammen 3500 Ml. versichert. Die Vermögensverhältnisse der Wittwe Chodzycka waren, da sie allein die Wirthschaft besorgen mußte, zerrüttet, so daß sie jeden Augenblick die Substanz ihrer Wirthschaft erwarten konnte. Der Angeklagte stand seit dem Frühjahr 1881 im hiesigen Grenadier-Regiment Nr. 6. Am Tage des Brandes war er jedoch ohne Urlaub nach Glosyn gereist. Am Abende dieses Tages sollte er von einem gewissen Johann Dlejniasz nach Posen zurückgefahren werden. Als dieser mit dem Fuhrwerke auf das Gehöft des Angeklagten kam, um ihn abzuholen, schickte der Letztere ihn weg mit der Weisung, vor dem Krüge zu warten, da er dort aufsteigen werde. Der Angeklagte hat sich hierauf, wie ein Augenzeuge bekundete, in verdächtiger Weise an dem Stalle und dem Giebel der Scheune auf dem Chudzycki'schen Grundstücke zu schaffen gemacht. Etwa zehn Minuten nach diesem Vorfalle ist er abgefahren. Nach Verlauf von weiteren fünf Minuten ist das Feuer ausgebrochen. Von dem Gefährte, auf dem der Angeklagte zur Stadt fuhr, wurde das Feuer bemerkt. Als man deswegen umfahren wollte, sagte der Angeklagte: „Licht brennen was brennt; denn sonst komme ich nicht zur rechten Zeit nach Posen.“ Außerdem soll der Angeklagte einem Grenadier durch die Zuführung einer Belohnung von 300 Ml. aufgefodert haben, zu Pfingsten v. J. die Gebäude seiner Mutter in Brand zu setzen. Der fragliche Grenadier stellte dies in Abrede. Einige Personen bekundeten jedoch, daß der Grenadier ihnen von der verjuchten Anstiftung des Angeklagten Mittheilung gemacht habe. Die Geschworenen erachteten die Schuld des Angeklagten für nicht erwiesen und beantworteten die an sie gerichtete Frage mit „Nein“, deshalb der Gerichtshof zu Freisprechung des Angeklagten erkannte. Außerdem wurde heute, und zwar unter Ausschluß der Oeffentlichkeit, gegen den der Nothaus angeklagten Schornsteinfegergejellen Wladislaus Lambini aus Oberstisko verhandelt. Derselbe wurde unter Annahme milderer Umstände schuldig befunden und demwegen zu einem Jahre und sechs Monaten Gefängniß verurtheilt.

Auch gestern war noch unter Ausschluß der Oeffentlichkeit gegen die Knechte Michael Kobus, Thomas Kadola, Adam Dlegnicak und Andreas Dolacinski, sämmtlich aus Kunowo, wegen Vornahme unzüchtiger Handlungen verhandelt worden. Diese Verhandlung hatte mit Freisprechung geendet.

△ Posen, 21. Januar. [Schwurgericht. Meineid.] Unter der Anklage dieses Verbrechens stand heute der Schumachermeister Karl Müller aus Duschnit vor den Geschworenen. Derselbe hatte sich in einer Privatklagesache gegen ihn mit dem Privatkläger dahin geeinigt, daß er sich gegen Zurücknahme der Privatklage zur Tragung der Kosten verpflichtete. Der Privatkläger ließ seine Kosten festsetzen und versuchte demnach, dieselben vom Angeklagten einzutreiben. Da die Exekution fruchtlos ausfiel, beantragte er, dem Angeklagten den Offenbarungseid abzunehmen. Zu dem hierzu angelegten Termine erschien der Angeklagte jedoch nicht, so daß sich der Privatkläger veranlaßt sah, die Verhaftung des Angeklagten zwecks Erzwingung des Offenbarungseides zu beantragen. Nach der in Folge dieses Antrages bewirkten Verhaftung erklärte sich der Angeklagte zur Leistung des Offenbarungseides bereit. Er beschwor sodann mit Bezug auf ein Verzeichniß seines Vermögens am 5. Januar 1881 vor dem königl. Amtsgerichte zu Samter, daß er sein Vermögen vollständig angegeben und wesentlich nichts verschwiegen habe. Hierdurch soll er sich eines wissenschaftlichen Meineides schuldig gemacht haben, da in seinem Vermögensverzeichnis nicht alle Vermögensstücke angegeben sein sollen. Die Geschworenen sprachen ihn des wissenschaftlichen Meineides schuldig; der Gerichtshof verurtheilte ihn zu zwei Jahren Zuchthaus.

Mit dieser Verhandlung schloß nach einer Dauer von 14 Tagen die 1. diesjährige Schwurgerichtsperiode.

*** Posen, 24. Januar.** [I. Strafkammer.] Der Bogt August A. aus Giesla hatte drei Einwohnern Darlehen von 18 resp. 24 M. gewährt und wurde verurtheilt, daß letztere eine Zinsenvergiitung von 1 M. 50 Pf. auf ein Vierteljahr zahlen sollten. Da dieser Betrag einem Zinsfuß von 3 1/2 resp. 25 Prozent entspricht, wurde

gegen A. Anklage wegen Buchers erhoben. A. giebt die Verabredung hinsichtlich der Zinsen zu, bei seiner großen Unerfahrenheit in Geldegeschäften habe er nicht gemerkt, daß dieser Betrag dem gesetzlichen Zinsfuß überbreite. Die 3 Einwohner bekundeten, daß sie das Geld zum Ankauf von Saatkartoffeln bezw. Schweinen gebraucht hätten. Der Gerichtshof sprach den A. frei, indem er eine Ausbeutung der Nothlage Seitens des A. nicht für festgestellt erachtete. — Die Dienstmagd Catharina G. aus Plewis hatte am 31. August v. J. einen Stein von der Größe einer Doppelfaust auf die Schienen des Bahngleises der Märkisch-Posener Eisenbahn kurz vor dem Vorbeifahren eines Zuges gelegt. Der vor den Lokomotivrädern befindliche Räumler erfaßte den Stein und warf ihn bei Seite. Die G. giebt zu, den Stein, welchen sie zum Weichmachen von unreifen Pflaumen benutzt hatte, auf den Schienen liegen gelassen zu haben. Da nach dem Gutachten des genannten Sachverständigen jener Stein wohl geeignet war, einen Eisenbahnzug in Gefahr zu bringen, wurde die G. wegen fahrlässiger Gefährdung eines Eisenbahntransportes zu sechs Wochen Gefängniß verurtheilt.

X. Lissa, 24. Januar. [Verurtheilung wegen Bigamie.] Der Arbeiter Thomas Florczyk aus Dorszysko, war am 28. Septbr. 1873 in der katholischen Kirche zu Bronzyn mit Agnes Pilasza getraut worden. Aus seiner Ehe gingen 4 Kinder hervor, von denen jedoch nur eins noch am Leben ist. Seine Ehefrau, seit länger als fünf Jahren öfters krank, mußte während dieser Zeit verschiedene Male in öffentlichen Krankenhäusern untergebracht werden, so im Jahre 1880 in der Diakonissen-Anstalt in Posen. Dies veranlaßte ihren oben genannten Gemann, in die Fremde zu ziehen. Am 24. Juli 1881 kam derselbe in Gesellschaft der unverheiratheten Dienstmagd Francisza Balcerkowska aus Pianowo auf das Standesamt zu Kosien, gab letztere als seine Braut aus und beantragte das Aufgebot, indem er eidesstattlich vericherte, noch nicht verheirathet gewesen zu sein bezw. einen Ehehindernisgrund nicht zu kennen, und ging auch am 21. August die Ehe mit der Balcerkowska ein, bevor seine erste Ehe getrennt war. Er wurde deshalb von der II. Strafkammer des hiesigen Landgerichts wegen Bigamie und falscher eidesstattlicher Versicherung zu einer Zuchthausstrafe von 1 Jahr 3 Monate verurtheilt. Nachdem dem Erkenntniß rechtskräftig geworden, ist nunmehr das Verfahren auf Nichtigkeitsklärung der zweiten Ehe vor der I. Zivil-Kammer hiesigen Landgerichts eingeleitet worden.

Staats- und Volkswirthschaft.

**** Ueber die Verhältnisse der Delheimer Petroleum-Industrie-Gesellschaft** wird der „Frankf. Ztg.“ geschrieben: Von den 10,000 Aktien dieses Unternehmens sind, wie wir schon vor einiger Zeit berichteten, 9740 allein durch Herrn Mohr, restliche 260 Aktien durch die Herren Sternberg und Genossen gezeichnet worden. Herr Mohr hatte also auf 4,87 Mill. M. Kom. bisher 2,435 Mill. M. effektiv einzuzahlen; andererseits hatte er 2,50 Mill. Mark baar als Abfindung zu bekommen. Die Gesellschaft kann also höchstens 50,000 Ml. Betriebskapital gehabt haben. Heute soll sie 300,000 Ml. schuldig sein. Man muß also auf die Aktien Einzahlung fordern und zwar von den ersten Zeichnern. Man schreibt demselben Blatte ferner darüber aus Posen: „Bei dem Delheimer Bohrwerke liegen finanzielle Schwierigkeiten vor. Es soll die Summe der Forderungen verschiedener Gläubiger ca. 300,000 Ml. betragen und notorisch ist, daß in der letzten Zeit Niemand mehr befriedigt wurde und heute die auf der Bahn angekommenen Güter wegen mangelnder Frachtbedeckung nicht abgenommen werden konnten. Selbst die Delvorräthe (seit Anfang September 1881 sind 10,000 Barrels produziert) sollen verpfändet sein.“

**** Weinernte am Rhein.** Offiziös wird geschrieben: Die jetzt vorliegenden abschließenden Berichte über die vorjährige Weinernte am Rhein befähigen die Befürchtung, daß die im Laufe des Monats Juli mit Bezug auf die damals herrschende Hitze begabten Hoffnungen auf einen günstigen qualitativen Ausfall der Ernte durch die ungünstige Witterung der folgenden Monate zu Schanden gemacht sind. Der im unteren Rheingau geherbstete Wein ist der Qualität nach ein Mittelwein, der im oberen Theile des Rheingaus geherbstete hin und wieder ein guter Mittelwein. Der Quantität nach ist die Ernte im Durchschnitt für den ganzen Rheingau ein halber Herbst, in der Rheingegend ungefähr ein Zweidrittel-Herbst.“

**** Feringefang.** Wie aus Strömstad an der Westküste von Schweden berichtet wird, war dort in voriger Woche der Feringefang ein ganz kolossaler, denn alle Fjorde waren mit Feringen gefüllt. Die ganze Tonne schöner Feringe (etwa 6—700 Stück) wurde mit 25 Dore (ca. 29 Pfennigen) verkauft.

Vermishtes.

*** Gestirnskonstellation.** Schon seit zwei Jahren stehen die Planeten Jupiter und Saturn nahe bei einander in den Sternbildern der Fische und Zwillinge und sind daher Anfangs des Jahres die ganze Nacht, im März und April wenigstens Abends zu sehen. Im Mai kommen sie der Sonne zu nahe, werden unsichtbar und tauchen nachher am Morgenhimmel wieder auf, entfernen sich aber immer mehr von einander. Im laufenden Jahr tritt nun, wie wir bereits früher hervorhoben, der Mars noch hinzu und alle drei sind in den Theil des Himmels eingetreten, der die schönsten Sterne auf kleinem Raume umfaßt. Sieben Sterne erster Größe und dazu noch die drei Planeten überhaubt ein einziger Bild. Zur Orientirung dient am besten das Sternbild des Orion, der Jedermann bekannte Jagdstab mit Beteiguse oberhalb und Rigel unterhalb (wenn wir jetzt etwa um 9 Uhr Abends gegen Süden sehen). Von Beteiguse aus gegen den Nordpol glänzt Mars mit einem rothen Licht, noch weiter ungefähr im Zenith die Capella, links von Mars Castor und Pollux, rechts der gelbe Aldebaran. In diesem Viereck bleibt Mars, so lange er noch sichtbar ist. Links von Orion ist unten Sirius, über ihm Procyon, Sterne erster Größe im großen und kleinen Hund. Drehen wir nun zu Aldebaran zurück, und wenden wir uns kaum rechts, so tritt uns Jupiter in seiner glänzenden Pracht entgegen und etwas weiter rechts, Saturn, beide hoch am Himmel. Eine Linie von Saturn zu Jupiter verdoppelt hat als Endpunkt die Plejaden, für schlechte Augen ein verwaschener Fleck, für gute aus einem Stern dritter und sechs vierter Größe bestehend. Dort soll nach Mädler der Punkt sein, um den sich unsere Fixsternwelt sammt unserer Sonne bewegt.

*** Die kleine Stadt Sammerfest** in Norwegen ist durch einen furchtbaren Orkan, der in den ersten Tagen dieser Woche an der dortigen Küste raste, zum größten Theil zerstört worden. Nicht weniger als 13 größere Pacht Häuser sind mit ihrem ganzen Inhalt an Ahran, Mehl und Vellen von den Wellen fortgespült worden, auch der größte Theil des Hohlbaquais ist verschwunden. Der Schaden wird auf 300,000 Kronen geschätzt.

*** Ein Zeitgenosse Napoleons I.** In Klausenburg ist dieser Tage der Hauptmann Kadacsi im Alter von 102 Jahren gestorben. Kadacsi, eine sehr populäre Gestalt in Klausenburg, war der Abstammung einer alten adeligen Szeiler Familie. Er betrat frühzeitig die militärische Laufbahn, so daß er schon in den Kriegen gegen Napoleon Lieutenant in der österreichischen Armee war. Im Jahre 1826 zog er sich nach dreißigjährigem Dienste unter Beibehaltung seines Ranges in den Ruhestand zurück, nahm jedoch die Pensionsgebühren nie in Anspruch. Er lebte nach Siebenbürgen in seine engere Heimath zurück. Von seiner Jugend und den großen Zeiten, die er mit erlebt, wußte der Greis viel zu erzählen. Zur Zeit, als Oesterreich noch Besitzungen in Italien hatte, weilte er mit österreichischen Truppen viel in Italien. Damals stand er mit dem späteren Papste Pius IX., der in der päpstlichen Armee diente, in näherer Bekanntschaft. Pius war ein sanftmüthiger Rivaling, dem man schon damals anah, daß er nicht zum Soldaten berufen sei. Kadacsi war auch Mitglied der Militär-Gesort.

die Napoleon nach der Insel Elba brachte. Er nahm an mehreren Schlachten gegen Napoleon Theil, namentlich an der Schlacht bei Baaram.

Verantwortlicher Redakteur: P. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Substitutionskalender für die Provinz Posen

für den Zeitraum vom 1. bis 15. Februar 1882. (Zusammengestellt auf Grund der amtlichen Bekanntmachungen.) Nachdruck ohne Quellenangabe verboten.

Regierungsbezirk Posen.

Amtsgericht Adelnau. 1) Am 6. Februar, 9 Uhr Vorm.: Grundstück Nr. 50 in der Gemeinde Nabynyce belegen, mit 42 Ar. 90 Qu.-M., Grundstr.-Reinertr. 3 M. 34 Pf., Gebäudesteuer-Nutzungsm. 36 M. — 2) Am 13. Februar, 11 Uhr Vorm.: Grundstück Nr. 1 in Granowice belegen, mit 1 S. 48 Ar. 10 Qu.-M., Grundstr.-Reinertr. 9 M. 54 Pf., Gebäudestr.-Nutzungsm. 18 M.

Amtsgericht Bentschen. Am 3. Februar 10 Uhr Vorm.: Grundstück Blatt 40 in Dorfe Deutschhöhe, mit 14 S. 46 Ar. 20 Qu.-M., Grundstr.-Reinertr. 14,43 Thlr., Gebäudesteuer-Nutzungsm. 45 M.

Amtsgericht Fraustadt. Am 4. Februar, 10 Uhr Vorm.: Grundstück Blatt 214 zu Fraustadt, ohne Ländereien, Gebäudesteuer-Nutzungsm. 150 M.

Amtsgericht Kempen. Am 14. Februar, 9 Uhr Vorm.: Grundstücke Nr. 83 und Nr. 3, in der Stadt Baranow belegen, zusammen mit 6 S. 25 Ar. 90 Qu.-M., Grundstr.-Reinertr. 19,95 Thlr., Gebäudesteuer-Nutzungsm. 90 M.

Amtsgericht Koschmin. 1) Am 1. Februar, 11 Uhr Vorm.: Grundstück Blatt Nr. 42, in Dobryca belegen, bestehend aus Wohnhaus mit Hof und Garten, ohne Ländereien, Gebäudesteuer-Nutzungsm. 75 M. — 2) Am 15. Februar, 11 Uhr Vorm.: Ackergrundstück Blatt Nr. 20, in Dorfe Trzeszyno belegen, mit 9 S. 15 Ar. 20 Qu.-M., Grundstr.-Reinertr. 71 M. 4 Pf., Gebäudesteuer-Nutzungsm. 15 M.

Amtsgericht Krotoschin. Am 8. Februar, 9 Uhr Vorm.: Grundstücke Nr. 28 und 84, zu Ligota, Kreis Krotoschin, ersteres mit 99 Ar 90 Qu.-M., Grundstr.-Reinertr. 7 M. 62 Pf., letzteres mit 32 Ar 20 Qu.-M., Grundstr.-Reinertr. 3 M. 57 Pf., Gebäudesteuer-Nutzungsm. 18 M.

Amtsgericht Posen. 1) Am 8. Februar, 11 Uhr Vorm.: Grundstück Nr. 100 in der Stadt Posen, Kr. Schrimm, ohne Ländereien, Gebäudesteuer-Nutzungsm. 198 M. — 2) Am

13. Februar, 10 Uhr Vorm.: Grundstück Nr. 351 im Dorfe Jeryce, Kr. Posen, mit 21 Ar. 75 Qu.-M., Grundstr.-Reinertr. 1 M. 20 Pf., Gebäudesteuer-Nutzungsm. 360 M.

Amtsgericht Schroda. 1) Am 13. Februar, Nachm. 2 Uhr im Lokale des Gastwirths Henschke in Santomischel Grundstück Nr. 19 zu Santomischel mit 33 Ar. 70 Qu.-M., Grundstr.-Reinertr. 3,30 M., Gebäudesteuer-Nutzungsm. 261 M. — 2) Am 15. Februar, Nachm. 2 Uhr im Lokale des Schulzenamts in Czerlino: Grundstück Nr. 9, im Dorfe Czerlino, mit 28 S. 86 Ar. 20 Qu.-M., Grundstr.-Reinertr. 327,3 M., Gebäudesteuer-Nutzungsm. 105 M.

Amtsgericht Wreschen. Am 11. Februar, 10 Uhr Vorm. im Bazar zu Miloslaw: Grundstück Nr. 21A, im Dorfe Gorance belegen, mit 6 S. 9 Ar. 10 Qu.-M., Grundsteuer-Reinertr. 60 M. 68 Pf., Gebäudesteuer-Nutzungsm. 54 M.

Mg. Ueber die Witterung des Dezember 1881.

Der mittlere Barometerstand des Dezember beträgt nach 34jährigen, täglich drei Mal, des Morgens um 6 Uhr, des Mittags um 2 Uhr und des Abends um 10 Uhr in der Stadt Posen angeestellten Beobachtungen: 754,8 mm. Der mittlere Barometerstand des vergangenen Monats war: 758,5 mm., war also um 3,7 mm. höher, als das berechnete Mittel.

Das Monatsmittel der Wärme ist für den Dezember bedeutenden Schwankungen zwischen -7° 65 Cels. (im Jahre 1855) und +3° 54 Cels. (im Jahre 1852) unterworfen. Der vergangene Dezember gehörte zu den wärmeren seit 1848; obgleich bis zum 16. der Ost und Südost vorherrschte, war der tiefste Thermometerstand in der Nacht vom 15. zum 16. nur -4° 8, dann brachte der Äquatorialstrom eine für den Dezember hohe Wärme, die nur am 24., 25., 26. und 31. eine unbedeutende Unterbrechung erlitt. Die Niederschläge waren im Ganzen gering.

Das Barometer stieg vom 1. Morgens 6 Uhr bei Ost und bedecktem Himmel von 762,8 mm. bis zum 2. Abends 10 Uhr auf 768,6 mm., fiel bis zum 7. Abends 10 Uhr bei D., S.D. und trübem Wetter auf 751,6 mm., stieg, während der S.W. am 7. etwas Schnee und am 8. Regen brachte, bei S.W. und S.D. bis zum 14. Morgens 6 Uhr auf 768,0 mm., fiel bei S., der am 18. Mittags stürmisch wurde, bei S.W. und S.D. bis zum 21. Morgens 6 Uhr auf 732,9 mm., hob sich bei S.D., S. und veränderlichem Himmel bis zum 25. Morgens 6 Uhr auf 772,2 mm., und fiel bis zum 31. Mittags 2 Uhr auf 755,6 mm., während ein mäßiger West fast täglich schwachen Regen brachte.

Am höchsten stand es am 25. Morgens 6 Uhr: 772,2 mm., am tiefsten am 21. Morgens 6 Uhr, 732,9 mm.; mithin beträgt die größte Schwankung im Monat: 39,3 mm., die größte

Schwankung innerhalb 24 Stunden: -17,3 mm. durch Fallen vom 17. zum 18., Mittags 2 Uhr, während der Wind von Ost durch Südost nach Süd herumging.

Die mittlere Temperatur des Dezember beträgt nach 34jährigen Beobachtungen -1° 09 Celsius, ist also um 3° 65 niedriger, als die des November; die mittlere Temperatur des vergangenen Monats war +0° 48, war also bedeutend um 1° 57 über dem Mittel.

Die mittlere Tageswärme fiel vom 1. bis 3. von +4° 2 Celsius auf +1° 0, und darauf bis zum 5. auf -2° 6, stieg bis zum 9. auf +2° 2, fiel bis zum 16. auf -3° 0, stieg bis zum 19. auf +2° 4, fiel bis zum 23. auf 0° 0 und bis zum 25. auf -4° 1, stieg bis zum 27. auf +3° 2 und fiel bis zum Ende des Monats auf -0° 4 Cels.

Den höchsten Stand zeigte der Thermograph am 1. +6° 7, den tiefsten am 25. -6° 2 Celsius.

Es wurde im Dezember 3 Mal Windstille und

N.	2	S.	5
NO.	7	SW.	8
D.	20	N.	23
SO.	21	NW.	4

Mal beobachtet. Die Höhe der Niederschläge betrug an 10 Tagen mit Niederschlägen, worunter 6 Tage mit Schneefall waren, nur 10,2 mm. Das größte Tagesquantum fiel am 21., seine Höhe betrug 4,5 mm.

Es wurden vier Tage mit Nebel und sechs Tage mit Reif beobachtet.

Die Zahl der heiteren Tage, bei denen die mittlere Bewölkung des Himmels 0,2 der Himmelsfläche nicht erreichte, war 2; die der trübren, bei welchen die mittlere Bewölkung 0,8 der Himmelsfläche überstieg, war 18; die der Sturmtage, bei welchen der Wind ganze Baumäste bewegte und das Gehen im Freien hemmte, oder noch heftiger wehte, war 1; die der Eistage, an welchen die höchste Temperatur unter dem Frostpunkte blieb, war 3, und die der Frosttage, an welchen die tiefste Temperatur unter den Frostpunkt sank, war 20.

Das Mittel der Luftfeuchtigkeit war des Morgens 6 Uhr 91 Prozent, des Mittags 2 Uhr 86 Prozent, des Abends 10 Uhr 92 Prozent und im Durchschnitt 90 Prozent der Sättigung. Das Maximum derselben betrug am 1., 5., 6., 7., 13., 26., 27., 28., 29. und am 31. 100 Prozent und das Minimum am 17. Mittags 2 Uhr 67 Prozent der Sättigung. Der mittlere Dunstdruck (der Druck des in der Luft enthaltenen Wasserdampfes) betrug 4,3 mm., sein Maximum am 1. Mittags 2 Uhr 6,0 mm. und sein Minimum am 16. Morgens 6 Uhr 2,6 mm.

Konkursverfahren.

Ueber das Vermögen des Kürschnermeisters Joseph Grünthal zu Posen, Wilhelmstraße Nr. 6, ist heute Mittags 12 Uhr das Konkursverfahren eröffnet.

Verwalter: Gerichtsjetretär a. D. Friedrich König hier.

Offener Arrest mit Anzeigfrist, sowie Anmeldefrist

bis zum 14. März 1882.

Erste Gläubigerversammlung

am 24. Februar 1882,

Vormittags 11 Uhr.

Prüfungstermin

am 24. März 1882,

Vormittags 10 Uhr,

im Zimmer 5 des Amtsgerichtsgebäudes am Sapiehaplatz hier.

Posen, den 26. Januar 1882.

Brunk,

Geriatschreiber

des Königl. Amtsgerichts.

Abtheilung IV.

Handelsregister.

In unser Genossenschafts-Register ist bei Nr. 8, eingetragene „Posener Molkerei, eingetragene Genossenschaft“ aufgeführt steht, zufolge Verfügung von heute eingetragen:

„In der Generalversammlung vom 6. Januar 1882 ist zum Mitgliede des Vorstandes an Stelle des aus dem letzteren ausgesetzten Rittergutsbesizers Julius Knorr zu Lusowo der Gutsbesitzer Robert Schlundt zu Baranowo gewählt worden.“

Posen, den 26. Januar 1882.

Königl. Amtsgericht.

Abtheilung IV.

Handelsregister.

Zufolge Verfügung von heute ist in unser Firmenregister eingetragen: 1) bei Nr. 913: die Firma Moritz Briske Wwe. ist durch Erbgang und Vertrag auf den Kaufmann Elias Briske übergegangen, der das Geschäft unter derselben Firma fortsetzt; vergl. Nr. 2065 des Firmenregisters;

2) unter Nr. 2065 die Firma Moritz Briske Wwe. zu Posen und als deren Inhaber der Kaufmann Elias Briske hier selbst.

Posen, den 26. Januar 1882.

Königl. Amtsgericht.

Abtheilung IV.

Handelsregister.

Die in unserem Firmenregister unter Nr. 1716 eingetragene Firma

H. Terpiß

zu Posen ist erloschen.

Posen, den 25. Januar 1882.

Königl. Amtsgericht.

Abtheilung IV.

Die im Gemeindebezirk Brody, Buter Kreises belegenden, den Probierpächtern Josef und Eustachia geb. Brunkarzewicz-Sikorski'schen Eheleuten zu Brody gehörigen bäuerlichen Grundstücke:

1. Brody Grundbuch-Nr. 6, welches bei einem Flächeninhalte von 4 Hekt. 64 Ar 10 Quadratmeter mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 31 M. 29 Pf. veranlagt ist;

2. Brody Grundbuch-Nr. 49, welches bei einem Flächeninhalte von 6 Hekt. 64 Ar 9 Quadratmeter mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 20 M. 97 Pf. veranlagt ist;

3. Brody Grundbuch-Nr. 63, welches bei einem Flächeninhalte von 5 Hekt. 48 Ar 90 Quadratmeter mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 58 M. 05 Pf. veranlagt ist;

4. Brody Grundbuch-Nr. 98, welches bei einem Flächeninhalte von 2 Hekt. 28 Ar 60 Quadratmeter mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 14 M. 31 Pf. veranlagt ist;

5. Brody Nr. 14, welches bei einem Flächeninhalte von 9 Hekt. 96 Ar 90 Quadratmeter mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 52 M. 20 Pf. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 396 M. und endlich

6. Brody Nr. 43, welches bei einem Flächeninhalte von 10 Hekt. 24 Ar 60 Quadratmeter mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 69 M. 33 Pf. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 36 M. veranlagt ist;

diese Grundstücke sollen behufs Zwangsvollstreckung im Wege der notwendigen Substitution

den 22. Febr. 1882,

Vormittags 10 Uhr,

im Lokale des Gastwirths Schwarz zu Brody versteigert werden.

Posen, den 6. Januar 1882.

Königl. Amtsgericht.

Abtheilung II.

Nothwendiger Verkauf.

Die dem Vorversteigerer Joseph Wibrowicz zu Druzyn gehörigen Grundstücke:

1) Kubacyn Nr. 7, welches mit einem Flächeninhalte von 24 ha 14 a 90 qm der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 82,07 Thlr. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 60 M. veranlagt ist,

2) Druzyn Nr. 11, welches mit einem Flächeninhalte von 21 ha 76 a 10 qm der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 134,48 Thlr. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 330 Mark veranlagt ist,

3) Druzyn Nr. 23, welches mit einem Flächeninhalte von 11 ha 71 a 80 qm der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 61,46 Thlr. und zur Gebäudesteuer mit einem

Nutzungswerthe von 36 M. veranlagt ist,

4) Druzyn Nr. 24, welches mit einem Flächeninhalte von 11 ha 36 a 30 qm der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 51,03 Thlr. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 18 M. veranlagt ist, sollen behufs Zwangsvollstreckung im Wege der notwendigen Substitution

den 27. Febr. 1882,

Nachmittags um 2 Uhr,

auf dem Grundstücke Druzyn Nr. 11 versteigert werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, die beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes von dem Grundstück und alle sonstigen, dasselbe betreffenden Nachrichten, sowie die von den Interessenten bereits gestellten oder noch zu stellenden besonderen Verkaufsbedingungen können in der Gerichtsschreiberei II des unterzeichneten Königl. Amtsgerichts während der gewöhnlichen Dienststunden eingesehen werden.

Diesjenigen Personen, welche Eigenthumsrechte oder welche hypothekarisch nicht eingetragene Realrechte, zu deren Wirksamkeit gegen Dritte jedoch die Eintragung in das Hypothekenbuch gesetzlich erforderlich ist, auf das oben bezeichnete Grundstück geltend machen wollen, werden hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche bis zum Erlaß des Urtheils anzumelden.

Der Beschluß über die Ertheilung des Zuschlags wird in dem auf

den 28. Febr. 1882,

Vormittags um 12 Uhr,

im Gerichtsgebäude hier, Zimmer Nr. 9 anberaumten Termine öffentlich verkündet werden.

Grätz, den 9. Dec. 1881.

Königliches Amtsgericht.

Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Dorfe Veronitenpol belegene, im Grundbuche desselben unter Nr. 18 eingetragene, der Marie Stehlik gehörige Grundstück, dessen Besitztitel auf den Namen derselben berichtet steht und welches mit einem Flächeninhalte von 10 ha 20 a 40 qm der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 30,66 Thlr. veranlagt ist, soll in nothwendiger Substitution im Wege der Zwangsvollstreckung

den 3. März 1882,

Vormittags um 10 Uhr

im Lokale des unterzeichneten Amtsgerichts öffentlich versteigert werden. Der Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes und etwaige andere, das Grundstück betreffende Nachrichten sowie etwaige besondere Verkaufsbedingungen können in der Gerichtsschreiberei II während der Dienststunden eingesehen werden.

den 3. März 1882,

Vormittags um 10 Uhr

im Lokale des unterzeichneten Amtsgerichts öffentlich versteigert werden. Der Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes und etwaige andere, das Grundstück betreffende Nachrichten sowie etwaige besondere Verkaufsbedingungen können in der Gerichtsschreiberei II während der Dienststunden eingesehen werden.

den 3. März 1882,

Vormittags um 10 Uhr

im Lokale des unterzeichneten Amtsgerichts öffentlich versteigert werden. Der Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes und etwaige andere, das Grundstück betreffende Nachrichten sowie etwaige besondere Verkaufsbedingungen können in der Gerichtsschreiberei II während der Dienststunden eingesehen werden.

den 3. März 1882,

Vormittags um 10 Uhr

im Lokale des unterzeichneten Amtsgerichts öffentlich versteigert werden. Der Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes und etwaige andere, das Grundstück betreffende Nachrichten sowie etwaige besondere Verkaufsbedingungen können in der Gerichtsschreiberei II während der Dienststunden eingesehen werden.

den 3. März 1882,

Vormittags um 10 Uhr

im Lokale des unterzeichneten Amtsgerichts öffentlich versteigert werden. Der Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes und etwaige andere, das Grundstück betreffende Nachrichten sowie etwaige besondere Verkaufsbedingungen können in der Gerichtsschreiberei II während der Dienststunden eingesehen werden.

den 3. März 1882,

Vormittags um 10 Uhr

im Lokale des unterzeichneten Amtsgerichts öffentlich versteigert werden. Der Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes und etwaige andere, das Grundstück betreffende Nachrichten sowie etwaige besondere Verkaufsbedingungen können in der Gerichtsschreiberei II während der Dienststunden eingesehen werden.

Diesjenigen Personen, sowie die unbefannten Erben, welche Eigenthum oder anderweite, zur Wirksamkeit gegen Dritte der Eintragung in das Grundbuch bedürftige, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, werden hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche spätestens in dem obigen Versteigerungstermine resp. bis zum Erlaß des Zuschlagsbescheides bei Vermeidung der Ausschließung anzumelden.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird in dem auf

den 4. März 1882,

Vormittags um 10 Uhr,

im hiesigen Geschäftslokale anberaumten Termine öffentlich verkündet werden.

Kempen, den 6. Januar 1882.

Königl. Amtsgericht.

Nothwendiger Verkauf.

Die den Wirth Martin und Katharina geb. Janowski-Kwiecinski'schen Eheleuten zu Konary gehörigen, zu Konary belegenen, im Grundbuche von Konary Band 2 und 40, Blatt Nr. 2 und 170 verzeichneten Grundstücke nebst Zubehör sollen

den 30. März 1882,

Nachmittags 2 Uhr,

im Schulzenamte zu Konary im Wege der nothwendigen Substitution öffentlich an den Meistbietenden versteigert und demnachst das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags

den 1. April 1882,

Vormittags um 11 Uhr,

verkündet werden. Die zu versteigernden Grundstücke sind zur Grundsteuer bei einem derselben unterliegenden Gesamtflächenmaße von 6 ha 17 a 70 qm mit einem Reinertrage von 116,94 M. und zur Gebäudesteuer mit einem jährlichen Nutzungswerthe von 40 M. veranlagt.

Auszug aus der Steuerrolle und Abschrift des Grundbuchblattes, in gleichen etwaige Abschätzungen, andere das Grundstück betreffende Nachrichten und besondere Kaufbedingungen sind in unserer Gerichtsschreiberei Abtheilung II einzusehen.

Alle diejenigen, welche Eigenthum oder anderweite, zur Wirksamkeit gegen Dritte der Eintragung in das Grundbuch bedürftige, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, werden aufgefordert, dieselben zur Vermeidung des Ausschlusses spätestens bis zum Erlaß des Zuschlagsurtheils anzumelden.

Rawitsch, den 9. Januar 1882.

Königliches Amtsgericht.

Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Dorfe Puntken-Gauland belegene, im Grundbuche

von Puntken-Gauland Blatt 1 Seite 1 seqq. auf den Namen der Wilhelm und Johanna Louise geb. Klemke-Förster'schen Eheleuten eingetragene Grundstück, welches mit einem Flächeninhalte von 24 ha 32 a der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 83,55 M. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 60 Mark veranlagt ist, soll behufs Zwangsvollstreckung im Wege der nothwendigen Substitution

den 23. März 1882,

Vormittags um 10 Uhr,

im Gerichtsgebäude, Zimmer Nr. 1 versteigert werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, die beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes von dem Grundstück u. alle sonstigen dasselbe betreffenden Nachrichten, sowie die von den Interessenten bereits gestellten oder noch zu stellenden besonderen Verkaufsbedingungen können in der Gerichtsschreiberei des unterzeichneten Königl. Amtsgerichts, Zimmer Nr. 17/18, während der gewöhnlichen Dienststunden eingesehen werden.

Diesjenigen Personen, welche Eigenthumsrechte oder welche hypothekarisch nicht eingetragene Realrechte, zu deren Wirksamkeit gegen Dritte jedoch die Eintragung in das Hypothekenbuch gesetzlich erforderlich ist, auf das oben bezeichnete Grundstück geltend machen wollen, werden hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche spätestens in dem obigen Versteigerungstermine anzumelden.

Der Beschluß über die Ertheilung des Zuschlags wird in dem auf

Freitag,

den 24. März 1882,

Vormittags um 11 Uhr,

im Gerichtsgebäude, Zimmer Nr. 1 anberaumten Termine öffentlich verkündet werden.

Meseritz, den 6. Januar 1882.

Königliches Amtsgericht.

Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Dorfe Biniary, Kreis Posen, unter Nr. 12 belegene, dem Zimmermann Bartholomäus Matowski und dessen Ehefrau Anna Auguste Rosine geb. Schöneich gehörige Grundstück, welches zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 120 M. veranlagt ist, soll behufs Zwangsvollstreckung im Wege der

nothwendigen Substitution

am 20. März 1882,

Vormittags 10 Uhr,

im Gerichtsgebäude, Zimmer Nr. 5, am Sapiehaplatz hier, versteigert werden.

Posen, den 25. Januar 1882.

Königl. Amtsgericht.

Abtheilung IV.

Dr. Wiener.

Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Dorfe Latwica, Kreis Posen, unter Nr. 2 belegene, dem Landwirth Theodor Bauer und seiner Ehefrau Marianna geb. Pach gehörige Grundstück, welches mit einem Flächeninhalte von 46 Hektaren 67 Aren 80 Quadrastab der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 275 M. 1 Pf. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 75 Mark veranlagt ist, soll behufs Zwangs-Vollstreckung im Wege der

nothwendigen Substitution

den 27. März 1882,

Vormittags 10 Uhr,

im Gerichtsgebäude, Zimmer Nr. 5, am Sapiehaplatz hier, versteigert werden.

Posen, den 25. Januar 1882.

Königl. Amtsgericht.

Abtheilung IV.

Dr. Wiener.

Bekanntmachung.

Das in Krotoschin an der von dort nach Koblyn führenden Chauffee unweit des Bahnhofes der Oels-Gnesener Eisenbahn sub Nr. 106 belegene, der hiesigen Stadtgemeinde gehörige Dampf- und Schneidemühlens-Etablissement mit massiven Wohn- und Arbeitshäusern, einem feuerfesteren Schuppen zum Lagern des Holzes und vollständiger, in vorzüglichem Zustande befindlicher Maschinen-Einrichtung, beabsichtigen wir unter den günstigsten Bedingungen zu verkaufen.

Zu gedachtem Etablissement gehört eine Landfläche von 81 Aren 60 Quadratmetern und würde sich dasselbe event. auch zur Einrichtung einer Mahlmühle eignen.

